Tötet Nestlé Babys? Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 13. März 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Mitbestimmung nützt nur den Kapitalisten!

Am 18. März wird voraussichtlich das Mitbestimmungsgesetz im Bundestag verabschiedet. Es betrifft alle Unternehmen, die in der Regel mehr als 2000 Menschen beschäftigen. In dem Gesetzentwurf heißt es: Durch dieses Gesetz „soll die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmensorganen ausgehend vom Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern ausgebaut werden", und zwar dadurch, daß „die Aufsichtsräte mit der gleichen Zahl von Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte sowie Vertretern der Gewerkschaften) besetzt werden".

In Wahrheit ist es jedoch reinster Zynismus, von einer „Gleichberechtigung" zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Proletariern und Kapitalisten zu sprechen. Oder kann etwa der Arbeiter den Kapitalisten zwingen, seine Arbeitskraft zu Markte zu tragen und sich dem Arbeiter als Lohnsklave zu verdingen, wie dies umgekehrt der Fall ist?

Um dem arbeitenden Volk vorzuspiegeln, bei der Mitbestimmung ginge es um die Zurückdrängung der Macht der Kapitalisten und um eine Verbesserung der sozialen Stellung der Arbeiter und unteren Angestellten, wurden auf der politischen Bühne um die „Mitbestimmung" jahrelang große Scheingefechte aufgeführt. Mit dem ganzen Theater hat man versucht, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, damit es nicht das Spiel durchschaut, mit dem es hinters Licht geführt werden soll. **In Wirklichkeit dient die sogenannte „Mitbestimmung" lediglich der Monopolbourgeoisie. Die Lage der arbeitenden Menschen ist und bleibt im kapitalistischen System immer die von Objekten der kapitalistischen Profitgier. Sie haben im Kapitalismus nur die Rolle von Lohnsklaven, die immer noch stärker ausgebeutet werden. Daran kann keine Reform etwas ändern und erst recht nicht die sogenannte „Mitbestimmung" gekaufter „Arbeitnehmervertreter" in den Aufsichtsräten. Für die Arbeiter gibt es in einem System, das auf Ausbeutung beruht, keinerlei Mitbestimmung. Sie können ihre Lage nur ändern, wenn sie sich im unversöhnlichen Kampf gegen die ständigen Angriffe des Kapitals auf ihre elementarsten Lebensinteressen zusammenschließen und schließlich diese Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution gewaltsam zerschlagen. Das ist die Realität, über die uns das ganze Spektakel um die Mitbestimmung hinwegtäuschen soll.**

Sicher! Die Opposition bestimmter Teile der Kapitalistenklasse, nämlich der kleineren, nichtmonopolistischen Unternehmer, gegen die Mitbestimmung ist nicht nur gespielt. Sie haben tatsächlich etwas dagegen. Aber nicht, weil sie ernstlich glauben, daß tatsächlich die Arbeiter ihnen ins Handwerk pfuschen könnten, wie es immer hingestellt wird. Ein Grund für ihre Opposition ist die Furcht vor dem verstärkten Eindringen von Vertretern des DGB-Apparates in die Aufsichtsräte ihrer Unternehmen, das sie faktisch einer stärkeren Kontrolle des allmächtigen Monopolkapitals aussetzt. Der DGB-Apparat ist ja schließlich mit dem Staatsapparat verwachsen und verfilzt. Bekanntlich verfügt er selbst über einen der größten bundesdeutschen Konzerne. Und auch der zähe Widerstand der CDU/CSU und der FDP gegen die sogenannte „volle Parität" ist nicht rein gespielt. Denn ein Anwachsen der wirtschaftlichen und politischen Macht des DGB-Apparates bedeutet natürlich gleichzeitig eine entsprechende Stärkung der SPD. Aber was hat dies alles mit den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten zu tun? Nichts und wieder nichts! Das sind nur Interessenkonflikte im Lager der Bourgeoisie, die

Fortsetzung auf Seite 2

Begeisternde Großveranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML



Weit über 2000 Freunde und Genossen feierten in Dortmund die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, hielt eine kämpferische Rede. Die Sammlung zur Unterstützung der Genossen in der DDR erbrachte über 13600 DM

US-Aggression gegen Kambodscha

Flugzeuge der US-Imperialisten haben am 25. Februar die kambodschanische Stadt Siem Reap bombardiert. Bei den Luftangriffen, die sich vor allem gegen ein Krankenhaus, ein Kinderzentrum und eine Schule im Zentrum der Stadt richteten, gab es unter der Bevölkerung 15 Tote und über 30 Verletzte. Außerdem richteten die Bombardements große Zerstörungen an.

Der erste Angriff erfolgte am Morgen des 25. Februar um 8.30 Uhr, als ein amerikanisches Flugzeug vom Typ F 111 in den kambodschanischen Luftraum eindrang und über dem Zentrum der Stadt Siem Reap aus großer Höhe drei Bomben abwarf. Gegen 14.00 des gleichen Tages wurde Siem Reap von zwei weiteren US-Flugzeugen bombardiert.

In einem am 26. Februar veröffentlichten Kommuniqué verurteilt die Regierung des Demokratischen Kambodscha die barbarischen Luftangriffe der USA auf Siem Reap mit Nachdruck. *„Mit der Entsendung von Flugzeugen, um die Stadt Siem Reap auf dem Territorium des Demokratischen Kambodscha grausam zu bombardieren"*, wird in der Erklärung betont, *„verübten die US-Imperialisten einen äußerst schändlichen, barbarischen Aggressionsakt gegen ein unabhängiges, friedliches, neutrales und blockfreies Land, ein Mitglied der UNO, und verletzten damit schamlos die Praxis und die Normen des Völkerrechts. Die Regierung des Demokratischen Kambodscha verkündet feierlich vor den friedliebenden Völkern und Regierungen der Welt, daß sie die von den Flugzeugen der US-Imperialisten verübte Aggression gegen die Stadt Siem Reap mit tiefster Empörung verurteilt."*

Fortsetzung auf Seite 10

US-Präsident Ford: "Statt Entspannung - Friedenspolitik der Stärke"

Neuer Name für aggressive Politik

„Ich verwende das Wort ‚Entspannung' nicht mehr. Ich glaube, was wir sagen sollten, ist, daß die Vereinigten Staaten sich mit den Supermächten — der Sowjetunion, China und anderen — treffen und versuchen, die Spannungen zu vermindern, sodaß wir eine Friedenspolitik der Stärke fortsetzen können." Diese Erklärung des amerikanischen Präsidenten Ford im Rahmen des US-Wahlkampfes hat so viel Staub aufgewirbelt. Zahlreiche Spekulationen über einen angeblichen Wechsel in der US-Außenpolitik wurden angestellt.

Was bedeutet es, wenn der ranghöchste Sprecher der Supermacht USA erklärt, er wolle das Wort „Entspannung" nicht mehr verwenden, um stattdessen von „Verminderung der Spannungen" und einer „Friedenpolitik der Stärke" zu sprechen? Ein inzwischen reichlich abgedroschener Begriff soll gegen neue eingetauscht werden. Das bedeutet wohl kaum eine grundlegende Änderung der Politik des US-Imperialismus, sondern eher einen Versuch, die amerikanischen Wähler und die Völker der Welt zu täuschen.

Bleiben wir erst einmal bei dem Begriff der Entspannung. Auch hinter ihm steckt nichts als Täuschung und Betrug. Dieser Begriff wurde von den beiden Supermächten in die Diskussion geworfen, um den Anschein zu erwecken, Kriege könnten verhindert und der Weltfrieden gesichert werden, wenn die Völker der Welt sich nur der Regie und dem Diktat Washingtons und Moskaus anvertrauen. Das Entspannungsgerede dient den beiden Supermächten einerseits dazu, ihre gemeinsamen Abkommen, durch die sie ihre Vormachtstellung gegenüber allen anderen Völkern zementieren wollen, als im Interesse der Völker und des Weltfriedens hinzustellen. Andererseits aber sollen die Entspannungsphrasen im Geist der Konferenz von Helsinki den Rauchvorhang bilden, um zu verhindern, daß die Völker der Welt erkennen, daß der US-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus fieberhaft einen neuen Weltkrieg vorbereiten. Während sie im Namen der Entspannung eine Konferenz nach der anderen veranstalten, rüsten sie in Wirklichkeit wie wild auf, kämpfen sie auf allen Kontinenten und allen Weltmeeren um die Vorherrschaft. Sie sind gegenwärtig die Hauptkriegstreiber.

Vor allem die russischen Sozialimperialisten führen ständig Entspannungsreden im Mund. Es ist eine Erfahrung, die man überall machen kann: den lautesten Schreiern ist am wenigstens zu glauben. Gerade die Neuen Zaren im Kreml sind am meisten auf Krieg aus. Sie wollen die US-Imperialisten vom ersten Platz stürzen, um selbst ohne ernsthaften Konkurrenten die Welt zu beherrschen. Das aber können sie nicht auf Entspannungskonferenzen, sondern nur auf den Schlachtfeldern eines neuen Weltkrieges erreichen. Angola ist das jüngste Beispiel für Moskaus Machtstreben. Die in Angola entstandene Uneinigkeit zwischen den drei Organisa-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Ford: Statt „Entspannung — Friedenspolitik der Stärke" 2
20 Jahre NVA 3
Bericht über Hoesch/Dortmund 4
Werkschutz 5
Kommunistenjagd in Duisburg 7
Albanien: Ein Volk regiert 8
Seit dem letzten Parteitag ging es mit der SU bergab 9
Demokratisierung in Spanien? 10
Nieder mit dem Faschismus in Chile 11

Mitbestimmung nützt nur den Kapitalisten!

Fortsetzung von Seite 1

dazu ausgeschlachtet werden, um den Eindruck zu erwecken, hier ginge es um ein erbittertes Ringen zwischen den Kräften des sogenannten „Rechtskartells" und den angeblich „fortschrittlichen" und „demokratisch engagierten" Kräften.

DGB und D„K"P haben erklärt, daß sie den vorliegenden Gesetzentwurf nicht akzeptieren wollen, weil er ein „fauler Kompromiß" sei. Er gewährleiste keine Parität zwischen der „Kapitalsseite und Arbeitnehmerseite". Der vorliegende Mitbestimmungsentwurf sieht nämlich vor, daß auf der „Arbeitnehmerbank" auch ein Vertreter der leitenden Angestellten sitzt. Außerdem hat der Aufsichtsratsvorsitzende, der immer von der „Kapitalsseite" bestimmt wird, im Fall von Pattsituationen zwei Stimmen. Deshalb zetern DGB und D„K"P: Dies sei ein Rückfall gegenüber der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie, die schon seit 25 Jahren verwirklicht ist, und man werde auch nach Verabschiedung des „Koalitionskompromisses" weiter „um echte Mitbestimmung kämpfen". Man kann sich auch jetzt gut vorstellen, daß die Bonzen künftig immer dann, wenn in den Mitbestimmungsbetrieben die Interessen der Arbeiter brutal niedergewalzt werden, sie die Nichtverwirklichung der Parität dafür verantwortlich machen werden. Dabei geht es doch auch den Arbeitern und kleinen Angestellten in der Montanindustrie nicht um einen Funken besser als anderswo, obwohl sie ja sie Parität haben! Im Gegenteil! Wie die DGB-Bonzen in einer Werbebroschüre für die Mitbestimmung selbst anhand von Zahlenmaterial nachzuweisen, wurde im Montanbereich die Produktivität der Arbeit stärker hochgetrieben als dies durchschnittlich in der übrigen Industrie der Fall war. Das heißt auf gut deutsch: die Ausbeutung der Arbeiter wurde in überdurchschnittlichem Maße verschärft, aus ihren Knochen wurde überdurchschnittliche Leistung herausgepreßt. Es ist auch bekannt, daß die Unfallziffern in der Montanindustrie noch mörderischer als üblich sind, daß dort die Frühinvalidität, die gesundheitliche Ruinierung der Arbeiter höher ist als in den meisten anderen Branchen. Und wie es mit der „Demokratisierung" aussieht, zeigt am deutlichsten der Entlassungsterror in den Stahlwerken. Man denke nur an die Entlassung von 22 Kollegen bei Mannesmann im Oktober 73 nach einem spontanen Streik.

In Ihrer Mitbestimmungbroschüre schreiben die DGB-Führer, die Arbeiter seien ebenso an der Rentabilität der Betriebe interessiert, wie die Kapitalisten selbst. **Aber dieses Gewäsch von einer „gemeinsamen Interessenbasis" zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist eine zynische Lüge der Herren Vetter, Loderer, Kluncker und Co. Sie wissen doch ganz genau, daß Rentabilität der Betriebe im Kapitalismus nichts anderes bedeuten kann, als rücksichtslose Steigerung der Ausbeutung, wobei das Leben und die Gesundheit der Arbeiter skrupellos aufs Spiel gesetzt werden. Sie wissen sehr genau, daß das Prinzip der Rentabilität bestimmt wird durch die Wolfsgesetze des monopolkapitalistischen Systems, die z. B. jeden Kapitalisten zwingen, unter allen Umständen den Maximalprofit aus seinem Kapital herauszuschlagen, will er nicht dem gnadenlosen Konkurrenzkampf erliegen.** Die Bonzen sind sich durchaus darüber im klaren, daß die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, die reihenweise Stillegungen von Betrieben, wodurch zigtausende auf die Straße geworfen wurden,die Vernichtung gewaltiger Werte in der Wirtschaftskrise, die Zerstörung und Vergiftung der Umwelt in den Industriegebieten usw. — daß all diese Übel mit der kapitalistischen Rentabilität zusammenhängen, und daß sie das Leben der Werktätigen Massen zunehmend unerträglich machen. Aber die Herren Bonzen haben ja selbst ein Interesse an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Sie profitieren ja selbst daran, und sie haben als Lakaien der Monopolbourgeoisie die schmutzige Aufgabe übernommen, die proletarischen Massen in den Betrieben zu betrügen, ihre Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu sabotieren und dafür zu sorgen, daß sie sich nicht gegen das kapitalistische System erheben.



Die D„K"P versucht ebenfalls den werktätigen Massen weiszumachen, daß die Mitbestimmung in ihrem Interesse sei. Als angeblich „kommunistische" Partei hat sie allerdings ein „besonders radikales" Mitbestimmungskonzept. Auf diese Weise versucht sie, den Mitbestimmungsgedanken aufzupolieren, um ihn in der Arbeiterklasse besser zu verankern. „Mitbestimmung muß alle Ebenen des Wirtschaftsgeschehens erfassen und vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur wirksamen Mitentscheidung in der staatlichen-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik reichen. Erst in einem solchen Gesamtsystem wird eine effektive Mitbestimmung überhaupt möglich sein". Zudem müsse die Mitbestimmung ergänzt werden „ durch eine demokratische Wirtschafts- und Strukturplanung sowie die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum". Dadurch — so verkünden die D„K"P-Führer — werde „eine wesentliche Voraussetzung für die schließliche sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft" geschaffen.

Mit diesen pseudoradikalen Forderungen will die D„K"P gerade diejenigen Kollegen für den Mitbestimmungsbetrug gewinnen, die mit dem ganzen kapitalistischen System unzufrieden sind und nach einem Ausweg, nach einer grundlegenden Alternative suchen. Sie will sie vom revolutionären Kampf ablenken und ihr „Verantwortungsgefühl" wecken gegenüber dieser Gesellschaft und ihren Institutionen, vor allem gegenüber diesem kapitalistischen Staat, dessen Funktion doch keine andere ist, als die gewaltsame Durchsetzung der Interessen des Kapitals gegenüber dem arbeitenden Volk. **Mit einem Wort: das Ganze läuft darauf hinaus, die Arbeiterklasse mit Illusionen über einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu umgarnen und zu verhindern, daß sie gemäß den Lehren von Marx und Lenin ihre Befreiung vom kapitalistischen Ausbeuterjoch erkämpft, indem sie sich zur sozialistischen Revolution erhebt, diesen Staat gewaltsam stürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet.**

Aber der Mitbestimmungsschwindel bedeutet nicht nur, daß bei den werktätigen Menschen Illusionen über eine angebliche Demokratisierung erzeugt werden sollen. Mitbestimmung dient darüber hinaus dazu, die politische Unterdrückung des Arbeitervolkes zu verstärken und die Faschisierung in Staat und Gesellschaft weiterzutreiben. Zum einen ist es eine alte Erfahrung, daß gekaufte Leute aus den Reihen der ausgebeuteten Klassen, und was anderes sind die Typen nicht, die als „Arbeitnehmervertreter" in die Aufsichtsräte kommen, sich als Kettenhunde der Herrschenden besonders gut eignen. Sie kennen ja besser als ihre Herren die starken und schwachen Punkte der unterdrückten Massen und wissen daher, wie man am geschicktesten vorgeht, um sie zu spalten, ihre Kampfmoral zu brechen usw. Zum anderen ist die Mitbestimmungsidee im Kern mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie verwandt. Die Volksgemeinschaftsideologie erklärte den revolutionären Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter zum „Verbrechen am Volksganzen" und bildete unter dem Naziregime die Rechtfertigung für den blutigsten Terror gegenüber den revolutionären Vorkämpfern der Arbeiterschaft. Heute haben wir in Westdeutschland noch keine faschistische Diktatur. Aber es ist kein Zufall, wenn vor wenigen Wochen, also fast gleichzeitig mit der zu erwartenden Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes, das „Gesetz gegen die Befürwortung von Gewalt" (14. Strafrechtsänderungsgesetz) verabschiedet wurde. Es bedroht revolutionäre Kämpfe der Massen, wie z. B. die Aktionen der Bevölkerung von Whyl, oder sogenannte „wilde" Streiks mit Strafverfolgung und erklärt die revolutionäre Agitation und Propaganda zum kriminellen Delikt. **Die Mitbestimmung ist deshalb nicht nur ein Betrug gegenüber den Arbeitern und kleinen Angestellten — sie ist auch ein Element in der Unterdrückungsmaschinerie der Kapitalistenklasse, ein Baustein bei der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Deshalb müssen wir sie bekämpfen, müssen wir alle Illusionen, die es unter den Volksmassen darüber noch gibt, überwinden und immer mehr Menschen für die Idee der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats gewinnen.**

Neuer Name für aggressive Politik

Fortsetzung von Seite 1

tionen, die gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft hatten, wurde von den russischen Sozialimperialisten systematisch geschürt. Als u.a. auch aufgrund der von Moskau betriebenen Einmischung der Bürgerkrieg ausgebrochen war, wurden kubanische Soldaten ins Land geschickt, um jener Organisation zum Sieg zu verhelfen, die am ehesten bereit scheint, sich für die Interessen der neuen Zaren einspannen zu lassen. Diese Entwicklung stellt in erster Linie eine große Gefahr für das angolanische Volk dar. Aber es ist auch eine Niederlage für die US-Imperialisten. Sie haben einen Teil ihres Einflußgebietes verloren, während der russische Sozialimperialismus seinen Militärstiefel nach Afrika gesetzt hat.

Fords Erklärung muß natürlich nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ereignisse in Angola gesehen werden. Wenn er nun eine „Friedenspolitik der Stärke" ankündigt, dann heißt das, daß die US-Imperialisten ihrerseits den Kampf um die Weltherrschaft verschärfen wollen. Es ist zwar von Grund auf verlogen, wenn die US-Imperialisten so tun, als hätten sie sich nicht in die Vorgänge in Angola eingemischt, um das Blatt in ihrem Sinne zu wenden, Tatsache aber ist, daß der russische Sozialimperialismus es offener, rücksichtsloser und vor allem erfolgreicher getan hat. Unter dem Eindruck der für den US-Imperialismus katastrophalen Niederlagen in Indochina hatte der US-Kongreß die Mittel verweigert, die notwendig gewesen wären, um Moskaus Vormarsch in Angola Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Fords „Friedenspolitik der Stärke" bedeutet: weitere Eskalation des Wettrüstens, verstärkte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder. Terror und Aggression auf der ganzen Welt. Ob Ford oder Breschnew von Frieden oder Entspannung sprechen — dahinter steckt immer, daß beide Supermächte ihre Kriegspolitik verschärfen, bis ihr Kampf um die Weltherrschaft auf dem Schlachtfeld entschieden wird, oder bis die Revolutionen der Völker diesen Kriegstreibern die Waffen aus der Hand schlagen.

Eine besondere Provokation für die Kräfte des Friedens in der Welt stellt die Tatsache dar, daß Ford die Volksrepublik China als Supermacht bezeichnet. Die VR China hat das Vertrauen und die Freundschaft der Völker und aller friedliebenden Menschen in der Welt gewonnen, weil sie unerschütterlich an einer tatsächlichen Friedenspolitik festhält, die sogar in der Präambel der chinesischen Verfassung verankert ist: „*In den internationalen Angelegenheiten müssen wir am proletarischen Internationalismus festhalten. China will nie eine Supermacht werden. Wir müssen die Einheit mit den sozialistischen Staaten, mit den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen stärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen. Wir müssen die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben, auf der Grundlage der fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz; wir müssen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und Sozialimperialismus und den Hegemonismus der Supermächte bekämpfen.*"

Ist das vielleicht die Politik einer imperialistischen Supermacht? — Die Erklärung Fords und die Hetztiraden der Sozialimperialisten gegen die VR China sind ein vergeblicher Versuch, das Vertrauen zu untergraben, das die VR China aufgrund ihrer Politik im Interesse der Revolution, des Sozialismus und des Weltfriedens bei den Völkern genießt.

Kurz berichtet

NEUMÜNSTER/BOOSTEDT

„Die Rote Brigade" ist eine neue Soldatenzeitung der ROTEN GARDE für den Standort Neumünster Boostedt. In der ersten Nummer stellte sich die ROTE GARDE den Soldaten vor und erklärt, warum sie mit der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg" kämpft.



ESSEN

Am 27. 2. 76 führte die Partei in Essen eine Veranstaltung zur Gründung der KPD/ML, Sektion DDR, durch. Etwa 60 Freunde und Genossen waren erschienen, darunter auch Vertreter der GRF und der „Kommunistischen Gruppe Bochum". Auf der Veranstaltung wurden 307,00 DM zur Unterstützung der Genossen in der DDR gesammelt.

WILHELMSHAVEN

In Wilhelmshaven / Fedderwardergroden fand jetzt der erste Jugendtreff der ROTEN GARDE statt. Mit Flugblättern, die an der Berufsschule, in einem Jugendzentrum usw. verteilt wurden, lud die ROTE GARDE dazu ein.

BOCHUM/WATTENSCHEID

Am 13. 2. fand in Wattenscheid eine Veranstaltung der ROTEN GARDE Bochum Wattenscheid statt. Diese Veranstaltung sollte darüber informieren, was die ROTE GARDE ist und welche Ziele sie hat. Dazu wurde eine Rede gehalten, ein selbstgeschriebenes Theaterstück vorgeführt und ein selbstgeschriebenes Gedicht verlesen. Die Versteigerung eines Marx-Bildes ergab 70 DM zugunsten der KPD/ML, Sektion DDR. Zu der Veranstaltung waren unter anderem 13 neue Sympathisanten gekommen.

LONDON

Am 27.2.76 fand in London eine Trauerfeier statt für den verstorbenen Genossen Joshua Horn.

Etwa 500 Menschen, Freunde und Genossen wie auch Kollegen des Verstorbenen waren gekommen. Große Fotos von Joshua schmückten die Versammlungshalle. In verschiedenen Reden wurde Joshuas Lebensweg gezeichnet. Ein Sprecher der chinesischen Botschaft verglich ihn mit Dr. Norman Bethune, der dem chinesischen Volk im antijapanischen Befreiungskrieg zu Hilfe geeilt war.

Danach sprach ein revolutionärer Arbeiter. Er sagte: „Nicht nur die Bourgeoisie hat ihre Helden. Auch das Proletariat hat seine Helden. Ein solcher Held war Genosse Horn, erfüllt vom proletarischen Geist."

Auch eine Genosse unserer Partei ergriff das Wort und berichtete von dem Erfolg, den Dr. Horns Vorträge über den Aufbau des Sozialismus in China hatten, als er 1973 die Bundesrepublik besuchte und wie sehr er uns mit seinem Buch hilft, fortschrittliche Menschen für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

BERICHTIGUNG

Im Bericht (RM Nr. 10/S. 2) über die Herausgabe der Roten Spritze, Zeitung der ROTEN GARDE Essen für die Essener Krankenhäuser, ist uns ein Fehler unterlaufen. Die ROTE GARDE stellt sich hier natürlich nicht den Studenten vor, sondern den in den Krankenhäusern Beschäftigten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkont Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-- DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

20 Jahre NVA:
Die Werktätigen der DDR hassen diese Armee

Die Honecker-Clique und ihre Moskauer Oberherren feiern den 20. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA). Mit der Umwandlung der DDR in ein kapitalistisches Land durch die modernen Revisionisten entwickelte sich auch die NVA zu einem Unterdrückungsorgan und zu einer imperialistischen Aggressionsarmee unter dem Oberbefehl Moskaus. In den Kriegsplänen der Neuen Zaren hat die NVA gemeinsam mit den 300000 Mann starken sowjetischen Besatzertruppen in der DDR die Aufgabe, einer der ersten Stoßtrupps gegen die westeuropäischen Staaten zu sein. Auf einem Symposium der Militärdelegationen des Warschauer Paktes erklärte DDR-Verteidigungsminister Hoffmann: *„Unverrückbarer Maßstab für alles, was in militärischer Zusammenarbeit geplant und getan wird, ist und bleibt das gefechtsbezogene Denken und Handeln der Sowjetarmee.“* Der Chef der DDR-Luftstreitkräfte Reinhold präzisierte im „Neuen Deutschland“ vom 18.2.76 für seinen Befehlsbereich die Unterwerfung der NVA unter die Moskauer Kriegspolitik wie folgt: *„Fast die Hälfte aller militärakademisch ausgebildeten Generale und Offiziere studierten in der UDSSR. Im Gefechtsdienst und in der Ausbildung sowie im täglichen militärischen Leben meistern die Angehörigen der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung die moderne sowjetische Kampftechnik...“* So hat die Honecker-Clique die NVA völlig den Neuen Zaren im Kreml ausgeliefert. Trotzdem wollen die SED-Revisionisten natürlich mit allen Mitteln den Anschein aufrechterhalten, bei der NVA handele es sich tatsächlich noch um eine Volksarmee. So ist in der Propaganda der SED-Revisionisten von der *„Erziehung der NVA im Geist der Antifaschisten“*, von der *„Beeindruckenden Bilanz der Neuerer im Waffenrock“* und vom *„revolutionären Klassenauftrag der NVA“* die Rede. Im folgenden berichten Genossen aus der DDR, wie es innerhalb der NVA tatsächlich aussieht. Es ergibt sich das Bild einer imperialistischen Armee.

Wie sehen die Verhältnisse in der NVA aus? Getreu den Traditionen der preußischen Militaristen und der faschistischen Wehrmacht existieren eine Unmenge von Dienstgraden und Dienststellungen. Die Soldaten werden von einem Heer von Offizieren, Feldwebeln und Unteroffizieren herumkommandiert und drangsaliert. Wie in allen imperialistischen Armeen der Welt, hat sich die neue Bourgeoisie die Offiziere heute zu ihren Handlangern erzogen. Die Masse der Armee bilden die für 1 1/2 Jahre eingezogenen Wehrpflichtigen. Bereits bei der Ausbildung soll ihr Wille gebrochen, sollen sie erniedrigt und eingeschüchtert werden, damit sie es nicht wagen, sich gegen die herrschende Clique zu erheben. Die wichtigsten Stützen sind bei der Durchsetzung dieses Ziels der hierarchische Aufbau der Armee, Dienstvorschriften, die ihre Traditionen in denen der faschistischen Wehrmacht haben, und Drill und Schikane als die wichtigsten Ausbildungsmethoden. Eine Dienstvorschrift besagt, daß sich der Soldat nur bei seinem direkten Vorgesetzten beschweren darf, in dessen Macht es liegt, diese Beschwerde weiterzugeben oder nicht. Kollektiv kann man sich nicht beschweren. Überhaupt werden die Soldaten nach ihrer Meinung über die Ausbildung und ihre Vorgesetzten nicht einmal gefragt, geschweige denn an der Gestaltung der Ausbildung beteiligt; im Gegenteil, die Äußerung von Kritik wird unterdrückt.

Zum Alltag des Soldaten gehören so unsinnige Dinge, wie z. B. Zeitungen in Unterhemden und Unterhosen zu stecken, damit im Spind alles ganz exakt „auf Kante“ liegt, und das Festnähen von Laken und Bettdecken an den Matratzen. Stellen die Offiziere und Unteroffiziere beim Stubendurchgang auch nur die kleinsten Mängel fest, so reißen sie die Betten ein und kippen die Spinde um. Die Ausbilder zeigen den Wehrpflichtigen dadurch ihre Macht, daß sie in preußisch-militaristischer Manier rumbrüllen und fluchen. Zur Erziehung der Soldaten werden Strafen wie der bekannte „Maskenball“, der in „Kleiderappell“ umgetauft wurde, Arbeitsdienst außerhalb der Reihe und Kollektivstrafen bei Vergehen einzelner angewendet. Bei der Ausbildung und beim Bestrafen ist es dann der Willkür der Ausbilder überlassen, wie sehr sie die Soldaten schleifen. Es kommt des öfteren vor, daß Soldaten durch feige oder unmenschliche Ausbildungsmethoden ums Leben kommen oder sich gesundheitliche Schäden zuziehen. Diese Methoden zeigen, daß in der Armee der DDR von den revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, von denen die Revisionisten so oft und so gerne daherreden, nichts übriggeblieben ist. Es ist der alte preußisch-militaristische Kadavergehorsam, der dieser Armee das Gepräge gibt, und nicht die bewußte Disziplin, wie sie für die bewaffneten Arbeiter der Novemberrevolution von 1918, im Hamburger Aufstand und im Spanienkrieg kennzeichnend war.

Was sind die Gründe dafür, daß sich junge Menschen dazu hergeben, als Offiziere oder Unteroffiziere in dieser Armee zu dienen? Bei den meisten sind es rein kleinbürgerlich-egoistische Motive und nur bei wenigen ist es die Illusion, daß sie gebraucht werden, um die DDR vor Angriffen zu schützen. So werden viele junge Menschen Soldat auf Zeit (3 Jahre Dienstzeit), um sich einen Studienplatz zu sichern und mehr Stipendium zu haben, um nicht so weit von ihrem Heimatort zu sein, und um mehr Geld als die Soldaten zu bekommen, oder nur, um einen zweiten Beruf zu erlernen. Oft müssen sie dann aber feststellen, daß sie auf Lügen und Versprechen der Werber hereingefallen sind, und viele bereuen ihre Entscheidung bitter.



Von dem Kommandostand eines Jagdfliegergeschwaders leiten sowjetische und NVA-Offiziere gemeinsam einen Flugeinsatz

Dieses Photo aus dem „Neuen Deutschland“ ist nur eines von vielen Beispielen dafür, daß überall in den Kommandozentralen der NVA Vertreter der sowjetischen Streitkräfte sitzen und die NVA nach dem Willen der Herren in Moskau dirigieren.

Die jungen Leute, die als Offiziere oder Unteroffiziere in der Armee dienen, werden in ihrer übergroßen Mehrzahl durch die Privilegien, die sie gegenüber den arbeitenden Menschen haben, angelockt. Sie verdienen häufig das Doppelte von dem, was durchschnittlich ein Arbeiter erhält. Sie wohnen mit ihren Familien ausnahmslos in großen Neubauwohnungen, während für die arbeitenden Menschen in der DDR überall Wohnraummangel ist. Sie erhalten bedeutend mehr Urlaub und können diesen in pompösen Heimen in den schönsten Gegenden der DDR verbringen, während für viele Arbeiter ein Urlaubsplatz an der Ostsee ein Traum ist.

Die Masse der Offiziere und Berufssoldaten bewegt sich in zwei Strömungen. Die eine Strömung bilden diejenigen, die den Stumpfsinn und die Sinnlosigkeit ihrer Tätigkeit erkennen und sie als einen Job ansehen, bei dem sie viel Geld verdienen können. Die andere Strömung bilden die Militaristen, die Leuteschinder, die mit Leib und Seele dabei sind, Krie zu spielen. Die Moral der Offiziere fällt immer mehr. Die „Abenteurer“ und „Heldentaten“ der Offiziere bestehen darin, sich in den Casinos zu betrinken, sich zu prügeln und sich gegenseitig die Frauen auszuspannen und damit zu prahlen. Unterschlagungen, Diebstahl von Baumaterial für Häuser, die sie sich von Rekruten während der Dienstzeit bauen lassen und Schwarzfahrten mit Dienstwagen sind an der Tagesordnung. Wie soll es auch anders sein, die neue Bourgeoisie macht es ja genauso, allerdings in viel größerem Ausmaß.

Das faschistische Landsertum ist in der Armee weit verbreitet. Es tritt z. B. im Jargon der Ausbilder, in der Art der Feiern im kleinen Kreis und den Liedern, die dazu gesungen werden, offen zu Tage. Der Wortschatz der Ausbilder wird z. B. durch Aussprüche wie: „Ein deutscher Soldat friert nie“ und ähnlichem geprägt.

Entsprechend der Verhältnisse in der Armee ist auch die Stimmung unter den Soldaten. Die meisten sind der Meinung, daß die eineinhalb Jahre für nichts und wieder nichts vergammelte Zeit sind. Unter den Soldaten ist es allgemein verpönt, sich bei der Ausbildung anzustrengen und gute Ergebnisse zu erzielen. Der Alkohol spielt für die Wehrpflichtigen eine große Rolle. Viele meinen, daß sie damit ihre Probleme besser überwinden, oder sie wollen wenigstens für ein paar Stunden alles vergessen. Neben dieser passiven Art, den Haß auf diese Armee auszudrücken, treten elementare Formen der Solidarität und der gemeinsamen Aktion auf. So schließen sich die Soldaten zusammen, um besonders unbeliebte Ausbilder zu verprügeln, oder sie zeigen bei Überprüfung des Ausbildungsstandes schlechte Leistungen, um dem Ausbilder den Aufstieg zu erschweren.

Bei den arbeitenden Menschen in der DDR ist diese Armee sehr unbeliebt. Das kommt z. B. darin zum Ausdruck, wie die Bourgeoisie ihren Bedarf an Offizieren und Berufssoldaten deckt. So sieht sie sich in der letzten Zeit genötigt, mit immer stärkerem Zwang und immer größeren finanziellen Mitteln dafür zu werben. Das Volk weiß auch genau, was ihm der deutsche Militarismus und Faschismus eingebracht haben. Es sieht, daß für die Rüstung im Interesse der russischen Sozialimperialisten und für die Schmarotzer und Handlanger der neuen Bourgeoisie in der Armee das Geld mit vollen Händen ausgegeben wird, während es für die arbeitenden Menschen an vielem Elementaren fehlt. Auch in der DDR wird in nicht allzulanger Zeit die Gärung unter der Oberfläche in offene Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen umschlagen.

SED:
Der Name ist nichts als Täuschung

„Warum ändert unsere Partei ihren Namen nicht?“ — Unter dieser Überschrift ging das „Neue Deutschland“, Zentralorgan der revisionistischen SED, Anfang Februar auf verschiedene Anfragen darüber ein, warum die SED mit dem Statut nicht auch ihren Namen ändert.

Eine solche Frage ist natürlich mehr als berechtigt. Die heutige SED hat mit der SED Ende der vierziger und der fünfziger Jahre nichts mehr zu tun. Das muß auch jedem auffallen, der bei der gegenwärtigen Diskussion über das neue Programm der SED in der DDR auch nur oberflächlich das erste Programm der SED mit dem neuen Entwurf vergleicht. Demjenigen, der den Verrat am Marxismus-Leninismus in diesem neuen Programmentwurf nicht durchschaut, fällt doch mit Sicherheit eins auf: Der Verrat der SED an der nationalen Frage, der Verrat am Kampf für ein wiedervereinigtes und sozialistisches Deutschland. Denn während selbst im noch geltenden, auch schon revisionistischen Programm, dieser Frage große Bedeutung eingeräumt ist, findet man im neuen Programmentwurf kein Wort mehr über dieses Ziel

Dieser nationale Verrat der SED-Clique stößt bei den Werktätigen der DDR auf erheblichen Widerstand. Die Tatsache, daß sie sich genötigt sieht, im „Neuen Deutschland“ darauf einzugehen, zeigt zweierlei: erstens, daß dieser Widerstand so breit ist, daß die SED-Führung ihn nicht einfach ignorieren kann; zweitens, daß dieser nationale Verrat für so manchen ein Anlaß ist, darüber nachzudenken, ob die heutige SED überhaupt noch etwas mit der alten, revolutionären SED zu tun hat.

Ein Beispiel: Ein Genosse aus Norddeutschland, früher Mitglied der KPD, fuhr vor kurzem in die DDR, um einen alten Freund zu besuchen. Dieser Freund ist Facharbeiter im Bergbau. Er war früher in der KPD, ist jetzt Mitglied der SED. Noch, muß man sagen. Denn er ist auf der Abschußliste. Warum? Er hat in seiner Grundeinheit den Standpunkt vertreten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland im Sozialismus weiterhin das Ziel der Partei sein muß. Daraufhin wurde er vor die Kontrollkommission seiner Grundeinheit gerufen. Er blieb fest. Dann gings vor die nächste und übernächste Kommission. Er blieb weiterhin fest. Er wurde im Betrieb isoliert und im Gehalt heruntergesetzt. Als auch das nichts nützte, dürfte er nicht mehr an den Sitzungen seiner Grundeinheit teilnehmen, seine früheren „Parteigenossen“ mieden ihn.

Für diesen alten Kommunisten ist das ein Beweis dafür, daß die SED keine marxistisch-leninistische Partei ist, die von innen her verwandelt werden kann, ein Beweis dafür, daß sie durch und durch entartet ist.

Für so manchen in der DDR ist der Vergleich zwischen dem sozialistischen Gestern und dem Heute, zwischen dem sozialistischen Namen und der Wirklichkeit ein Anlaß zu Zweifeln an den Worten über den angeblich bestehenden „entwickelten Sozialismus“ in der DDR. Besonders deutlich zeigt sich dieser Widerspruch für viele bei der Frage der Einheit der Nation, weil die Honecker-Clique sowohl den Kampf für die Einheit Deutschlands als auch die Existenz eines deutschen Volkes leugnet.

Das ist auch der Grund dafür, daß bereits bei der Änderung der Verfassung der DDR von Kreisen innerhalb der SED-Clique vorgeschlagen wurde, den neuen Verhältnissen auch einen neuen Namen zu geben. Sie schlugen vor, sowohl aus dem Namen des ostdeutschen Staates, als auch aus dem Namen der Partei und ihres Zentralorgans den Begriff „deutsch“ und „Deutschland“ zu streichen. Aber ihr Vorschlag wurde nicht akzeptiert. Die Begründung, die jetzt im „Neuen Deutschland“ für die Beibehaltung des Namens „SED“ gegeben wurde, ist allerdings sehr aufschlußreich. Gleich zu Anfang heißt es dort:

„Wer einen guten Namen hat, möchte ihn nicht verlieren und wird ihn schon gar nicht aufgeben... Der Name unserer Partei enthält in Worten, was auf unseren Abzeichen, auf unseren Fahnen mit den verschlungenen Händen im Bild ausgedrückt wird. Wer wollte sich von einer ruhmbedeckten Fahne trennen? Und etwas weiter heißt es, daß man einen Namen, der „internationalen Kredit“ genießt, auf jeden Fall behalten soll.

Spendet für den Aufbau der Sektion DDR der KPD/ML
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr.: 321 004 547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Hier zeigt sich völlig offen, warum der Name „SED“ beibehalten wird: aus kalter Berechnung. Die neue Bourgeoisie weiß zwar, daß die Beibehaltung des alten Namens auch ihre Nachteile hat. Aber das ist die Nebenseite. Die Hauptseite für die neue Bourgeoisie in der DDR ist, daß sie auf diese „ruhmbedeckte Fahne“, auf diesen „internationalen Kredit“ angewiesen ist, um ihre Herrschaft über die Werktätigen in der DDR zu verschleiern. Die rote Fahne, mit der die Honecker-Clique wedelt und die Lenin-Orden, mit denen sie sich schmückt, sollen es den Werktätigen erschweren zu erkennen, daß es sich bei ihr um eine kapitalistische Ausbeuterklasse handelt, die das Volk faschistisch unterdrückt. Aber auch diese Demagogie kann die neue Bourgeoisie in der DDR auf die Dauer nicht retten. Genausowenig wie ihr Unterdrückungsapparat und die Bajonette des SU-Imperialismus die Werktätigen in der DDR auf ewig in Ketten halten werden. Denn nicht nur in der Frage der deutschen Nation, sondern auch in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens straft die Wirklichkeit die Phrasen von Sozialismus der SED-Clique Lügen. So wie sich die Werktätigen dem nationalen Verrat widersetzen, wird sich auch — in wachsender Breite und mit wachsender Klarheit — der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstärken. Die Arbeiterklasse wird die ruhmbedeckte Fahne, die die SED-Clique in den Schmutz getreten hat, wieder erheben und für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen.

KPD/ML in der DDR gegründet

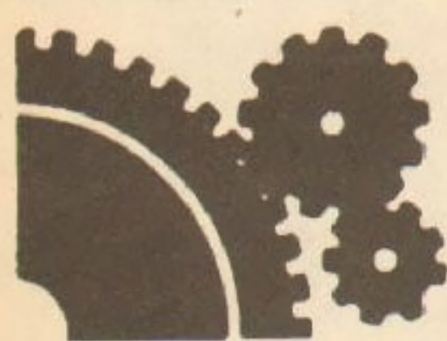


Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

VERLAG ROTER MORGEN

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Pf. 111649.
Preis 2,— DM

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Trotz Gewerkschaftsausschluß — zum V-Mann vorgeschlagen

Neulich, auf unserer Teilbelegschaftsversammlung (Hoesch), sprach ein Gewerkschaftsfunktionär über die Aufgaben der Vertrauensleute. Als eine besonders wichtige Aufgabe nannte er, daß die V-Leute die Kollegen überzeugen sollen, mehr Beitrag zu zahlen. Er jammerte den Kollegen etwas vor über die arme Gewerkschaft, die Kirche habe es da viel besser, für die würde der Staat ja das Geld eintreiben. Er „vergaß" dabei, daß es bei Hoesch die Kapitalisten sind, die diese Arbeit für sie erledigen — hier wird nämlich der Beitrag direkt vom Lohn abgezogen.

Ein Kollege meinte hinterher treffend: Wenn die bei uns die Beiträge noch selber einsammeln würden, dann müßten die Kassierer immer einen Hund mitnehmen, um sich vor den Wutausbrüchen der Kollegen zu schützen.

Auf der Versammlung gab ich einen Zettel ab, auf dem 9 meiner Kollegen meine Kandidatur zur Vertrauensleutewahl unterstützten, obwohl sie wußten, daß ich aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden bin. Ihr könnt Euch vorstellen, was für dumme Gesichter der Betriebsrat und der Gewerkschaftsfunktionär im ersten Augenblick gemacht haben. Dann hetzten sie wie wild und ließen mich natürlich nicht zur Wahl zu. Auch wenn die Kollegen zu weitergehenden Kampfmaßnahmen noch nicht bereit waren, zeigt es doch, wie sehr sie in Opposition zur Politik des reaktionären Gewerkschaftsapparates stehen.

Rot Front!

Ein Genosse von Hoesch/Dortmund

Wenn man ein Flugblatt nimmt, droht Entlassung

Bei der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen in Westberlin bot ich einer älteren Kollegin, die bei den „Berliner Verkehrsbetrieben" angestellt ist, einen ROTEN MORGEN an. Die Kollegin sagte mir daraufhin, daß sie zwar den ROTEN MORGEN nehmen möchte, daß sie aber Angst hat, von Spitzeln der BVG beobachtet zu werden.

Vor der Demonstration wurde nämlich den Angestellten der BVG verboten, irgendwelche Flugblätter oder Zeitungen anzunehmen, die während der Demonstration verteilt würden. Wie mir die Kollegin erzählte, wurde dem BVG-Personal bei Nichtbefolgung dieser „Anweisung" u. a. auch mit Entlassung gedroht.

Rot Front!

Eine Genossin aus Westberlin

Als Vater kein Recht auf Arbeitslosengeld, wenn man sein Baby versorgt

Fast ein ganzes Jahr bin ich arbeitslos gewesen. Ich fragte bei vielen Firman an, jedoch ohne Erfolg. Vom Arbeitsamt selbst erhielt ich in dieser Zeit 4 Arbeitsstellen zugewiesen, wo ich mich ebenfalls erfolglos bewarb. Meine Frau arbeitet und bringt monatlich 900 DM nach Hause. Wir haben ein 6 Monate altes Baby. Daß ich während der Zeit meiner Arbeitslosigkeit das Baby versorgte und den Haushalt versah, ist wohl selbstverständlich. Für das Arbeitsamt aber war das der Grund, mir die Sperrung des Arbeitslosengeldes anzukündigen. Die unglaubliche Begründung: Ich sei ja gar nicht arbeitslos, sondern „Hausfrau" und damit für das Arbeitsamt nicht jederzeit verfügbar.

Ich dachte erst, das sei eine einmalige Schweinerei. Von Nachbarn habe ich aber erfahren, daß dies kein Einzelfall ist.

Rot Front!

Ein Genosse auf Friedrichshafen

Arbeitsunfähigkeit durch Unfall - um Unfallrente betrogen

Folgendes Beispiel zeigt, wie die Kapitalisten und ihr Staat mit Arbeitern umgehen, wenn sie diese nicht mehr für ihre Profitinteressen ausbeuten können.

Mein Vater arbeitete als Bauarbeiter bei einer Tiefbaufirma in München. In Hochkonjunkturzeiten mußte er, wie alle seine Kollegen, Überstunden und sogar Wochenendschichten machen. Vor zwei Jahren nun passierte meinem Vater bei der Arbeit im Graben ein Unfall, durch den er schwere Kreuzbandverletzungen am Knie erlitt. (Allerdings wurde er daraufhin im Krankenhaus über ein halbes Jahr lang wegen Meniskusverletzung behandelt.) Nach einem Jahr Hin- und Herschiebens von einem Krankenhaus zum anderen, stellte man fest, daß er seinen Beruf nicht mehr ausüben kann. Daraufhin beantragte mein Vater Unfallrente.

Als er von dem Chefarzt des Krankenhauses ein Gutachten über seine Unfallverletzung verlangte, sagte dieser, daß zwar mein Vater wegen seiner verletzten Kreuzbänder nicht mehr arbeiten kann, daß aber diese Verletzung nicht von dem Arbeitsunfall herrührt, sondern daß mein Vater ja schon so alt ist, (er ist 59 Jahre alt), daß sich die Kreuzbänder ‚von selbst abgenutz" hätten. Nach langem Hin und Her, bei dem mein Vater immer wieder erklärte, daß er ja wegen und seit dem Arbeitsunfall nicht mehr arbeiten könne, sagte dieser Chefarzt ihm unverschämt ins Gesicht: „Ihre Sorte kennen wir. Sie wollen nicht mehr arbeiten und spekulieren nur auf die hohe Unfallrente." Ihr könnt euch sicher vorstellen, wie meinem Vater danach zumute war. Wie viele seiner Klasse hatte er im II. Weltkrieg seinen Kopf für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie hingehalten, kam mit schweren Leberschäden aus dem Krieg zurück und hat dann fast 30 Jahre bei Schnee, Regen und Hitze für die Profite der Kapitalisten geschuftet und jetzt wird ihm gesagt, er drücke sich vor der Arbeit.

Mein Vater bekommt natürlich kein Krankengeld mehr, weil er zu lange krank war. Arbeiten kann er nicht mehr, da er kaum richtig gehen kann und große Schmerzen hat. Seit drei Monaten bekommt er nun Arbeitslosengeld (nicht ganz 800 DM für eine vierköpfige Familie). Wahrscheinlich wird er auch nie Unfallrente, sondern Frührente bekommen, denn dadurch spart die Bourgeoisie einige hundert Mark im Monat.

Wenn ein Arbeiter in diesem Gesellschaftssystem nicht mehr arbeiten kann und dadurch den Kapitalisten keinen Profit mehr einbringt, ist er für sie und ihren Ausbeuterstaat keinen Pfennig mehr wert, und sie schieben ihn beiseite. Letzten Endes aber schaufeln sich die Kapitalisten damit ihr eigenes Grab, denn immer mehr Arbeiter und Werktätige werden erkennen, daß es für sie in diesem Gesellschaftssystem keinen Ausweg aus ihrer Ausbeutung und Unterdrückung gibt. Sie werden erkennen, daß sie nur im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat, im gewaltsamen Kampf für den Sozialismus, die Herrschaft der Bourgeoisie brechen und ihren eigenen Staat, den Staat der Diktatur des Proletariats, aufbauen können.

Rot Front!

Eine Genossin aus Westberlin

Mitbestimmung für Hoesch-Arbeiter?

Verschärfte Ausbeutung

Humanisierung der Arbeitswelt verspricht die Bundesregierung mit der Mitbestimmung. Als einen Hebel zur grundlegenden Veränderung der Gesellschaft bezeichnen die modernen Revisionisten die Mitbestimmung. Die tägliche Wirklichkeit aber, hier aufgezeigt an Hoesch in Dortmund, straft diese Propaganda der Bourgeoisie Lügen.

Über 20000 Menschen arbeiten bei Hoesch allein in Dortmund. Auch für sie und ihre Familien hat die kapitalistische Wirtschaftskrise eine extreme Verschlechterung ihrer Lebenslage mit sich gebracht. Die Überstundenschinderei in den Jahren 73/74 (es gab Kollegen, die fa t das ganze Jahr über 29-30 Schichten im Monat machen mußten) war für viele die einzige Möglichkeit, finanziell über die Runden zu kommen. Als jetzt Anfang 76 alle Überstunden gestrichen wurden, kamen viele Kollegen mit 600-800 DM weniger nach Hause. Kollegen, die in den unteren Lohnstufen liegen und wegen der Krise nur noch Frühschicht arbeiten, kommen heute mit ca. 1000 DM nach Hause.

Es ist bekannt, daß die Arbeitsbedingungen bei der Stahlerzeugung sehr schwer sind. Oft extrem hohe Temperaturen, viel Staub und Dreck greifen die Gesundheit des Arbeiters an. Das Schichtsystem trägt seinen Teil dazu bei, daß viele Kollegen ihr Rentenalter nicht erreichen oder kurz nachher sterben. Es gibt z. B. Abteilungen, wo die Kollegen 3 Wochen lang ohne Ruhetag durcharbeiten und dann eine Woche frei haben. In den Heißbetrieben gibt es den 7- und 10-Tage-Schichtrhythmus. Die gesetzlich festgelegten Arbeitszeiten, z. B. die 40-Stunden-Woche, wurden hier durch zwischen Gewerkschaft und Kapitalisten ausgehandelte Tarifverträge aufgehoben. Als noch viele Überstunden gefahren wurden, war es die Regel, daß die Kollegen wöchentlich dazu einen kurzen Wechsel hatten, das heißt, sie arbeiteten z. B. bis 22 Uhr und fingen dann morgens um 6 Uhr wieder an. Auch dies ist eigentlich verboten, aber die Kollegen wurden „freiwillig" gezwungen, und der Betriebsrat gab die Zustimmung.

Die Hoesch-Kollegen sind kampferfahren, das haben die Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat in den letzten Jahren oft genug erlebt. Gemeinsam unternehmen sie daher viele Anstrengungen, um die Kollegen untereinander aufzuspalten. Ein wichtiges Mittel dazu ist das Punktesystem der Löhne. An den Walzstraßen z. B. im Kaltwalzwerk, wo die modernen Revisionisten den Betriebsrat stellen, hat der 1. Walzer 29 Punkte. Sein Kollege, der hinter ihm oder vor ihm an einem anderen Walzgerüst steht, hat 18 Punkte, das heißt ca. 1,20 DM weniger. Die Betriebsräte, allen voran die der D„K"P, tun alles, um diese Spaltung zu vertiefen. Zum Schein, um den Unmut der Kollegen abzufangen, stellen sie zahlreiche Lohnanträge, für jede Maschine extra, damit die Arbeiter ja nicht zusammen kämpfen. Dann wird oft ein bis zwei Jahre „energisch" verhandelt, und am Ende bekommen diejenigen, die sowieso schon am meisten Lohn erhalten, einige Groschen dazu und die anderen Kollegen gehen leer aus. Die Begründung dafür: Die von den Betriebsräten angeforderten Zeitnehmer und Stopper haben festgestellt, daß die Kollegen ja gar nicht genug Arbeit haben für die ganzen 8 Stunden.

Die ausländischen Kollegen sind besonders rechtlos und werden besonders ausgebeutet. Sehr viele von ihnen waren bei sogenannten „Unternehmern', beschäftigt. Hinter diesen Firmen versteckt sich aber niemand anders, als das Kapital der Hoesch-Kapitalisten. Mehrere Hundert dieser Kollegen wurden im Laufe der Krise entlassen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaft aber behaupten weiter, bei Hoesch habe es dank der Mitbestimmung keine Entlassungen gegeben.

STÄHLERNE FAUST



Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe

Die „Mitbestimmer" des DGB und der D„K"P helfen also mit bei der Ausbeutung der Arbeiter und sie tun alles, um die Klassenversöhnung zwischen dem Arbeiter und den Kapitalisten zu predigen. Ein Blick in die Werkszeitung „Werk und Wir" genügt, um ihre Absichten zu erkennen. Die Kapitalisten loben dort stets die Gewerkschaft, die Gewerkschaft umgekehrt die Kapitalisten. Sie tun sich nicht weh, und neben Berichten über die „Roten Fahnen" auf den DGB-Maidemonstrationen befindet sich die Ankündigung der Kapitalisten, Kurzarbeit einzuführen. Besondere Sorge haben natürlich beide, daß das Ansehen der Polizei gewahrt bleibt. Deshalb wird in „Werk und Wir" auch tüchtig Propaganda gemacht. Polizeipräsident Riwotzki wird dort vorgestellt: Die Polizei wird tätig „zum Schutz politischer Veranstaltungen und Demonstrationen". Ein Hohn, denn Riwotzki war es, der 1973 die Demonstration gegen Breschnew und die Rote 1.-Mai-Demonstration niederknüppeln ließ.

Die Kapitalisten lassen sich die Mitbestimmung und das ganze Drum und Dran etwas kosten. Kaum irgendwo sonst hat die Gewerkschaft so viele Möglichkeiten der Schulung und der wöchentlichen Sitzungen der V-Leute, kaum irgendwo sonst sind so viele Betriebsräte, nämlich ausnahmslos alle, freigestellt, kaum irgendwo sonst dürfen die Gewerkschaftsfunktionäre und die modernen Revisionisten der D„K"P so offensichtlich ungestört ihre parteipolitische Propaganda im Betrieb selbst verbreiten.

Kein Wunder, denn die Kapitalisten wissen sehr wohl, daß die Mitbestimmung ein Werkzeug der Ausbeutung, Unterdrückung und Niederhaltung des Arbeiters ist. Für jeden, der bei Hoesch anfängt, wird das gleich am 1. Tag unmißverständlich klar. Bevor er eingestellt wird, muß er zum Gewerkschaftsbüro, tritt er nicht in die IG Metall ein, wird er gar nicht erst eingestellt. Die Revisionisten nennen das die „100%ige Organisierung der Belegschaft", in Wirklichkeit ist es aber Zwangsmitgliedschaft. Wehren sich die Kollegen gegen die steigende Arbeitshetze, gegen die Rationalisierungen, treten Betriebsleitung und Betriebsrat gemeinsam auf den Plan, um den Widerstand zu unterdrücken. Hier ein Beispiel: Ein Anhänger in der Mechanischen in Werk Phönix wurde vom Meister mehrfach angeschrien, schneller zu arbeiten. Schließlich sagte der Kollege, wenn das so weitergeht, schmeiß ich noch die Brocken hin. Darauf wollte der Meister ihn nach Hause schicken, der Kollege ging aber nicht. Eine dreiviertel Stunde später hatte der Kollege einen Verweis wegen „Arbeitsverweigerung". Sein Betriebsrat Völler sagte dazu nur: „Das hätte er sich denken können, aber nicht sagen dürfen. So bekam der Kollege mit Zustimmung des Betriebsrats den Verweis.

Doch der Hauptzweck der Mitbestimmung ist eindeutig die Unterdrükkung jedes Funken revolutionären Klassenkampfes. So sahen die Erfinder der Mitbestimmung es 1952 bei der Einführung, und das trifft heute noch genauso zu. In den letzten 3 Jahren wurden mehrere kommunistische und klassenkämpferische Kollegen aus politischen Gründen entlassen. Auf den Belegschaftsversammlungen darf nur der ungestört sprechen, der für die Mitbestimmung ist. Den kommunistischen Kollegen wird das Mikrofon abgedreht und Schlägertrupps von V-Leuten und besonders von D„K"P-Mitgliedern, stehen bereit, um sie mit Gewalt vom Podium herunterzuholen. Durch Gewerkschaftsausschlüsse versucht der IGM-Apparat zu verhindern, daß revolutionäre Kollegen zu Vertrauensleuten gewählt werden. Als bei den Betriebsratswahlen eine Rote Liste aufgestellt werden sollte, drohte der Apparat jedem Kollegen, der für die Rote Liste unterschrieb, mit Ausschluß. Sogar den Kollegen, die sich weigerten, die IGM-Liste zu untersc! reiben, wurde gedroht.

Doch trotz all dieser Unterdrükkungsmaßnahmen ist es den Kapitalisten und ihren Handlangern nicht gelungen, die Partei aus dem Betrieb zu entfernen, im Gegenteil wächst ihr Einfluß. Dies konnte nur geschehen im scharfen und unversöhnlichen Kampf gegen den IGM-Apparat und besonders gegen die modernen Revisionisten der D„K"P. Die Partei erklärt den Kollegen anhand ihrer täglichen Erfahrungen, daß die Mitbestimmung kein einziges der Übel des Kapitalismus aufhebt oder mildert. Allein die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, schafft die Voraussetzungen um Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse abzuschaffen. Die Partei propagiert unermüdlich den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen das Kapital und all seine Handlanger. Unter Führung und Initiative der Partei hat sich ein Kreis von Kollegen zusammengefunden. Dieser Kreis ist ein wichtiger Schritt hin zum Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Für die Kapitalisten und ihre Handlanger ist der wachsende Einfluß der Partei, wie schon Marx 1848 sagte, das „Gespenst des Kommunismus". Sie glauben es überall im Betrieb zu sehen. Als vor einiger Zeit einmal ein Kollege den D„K"P-Betriebsrat Wetzel auf den Kopf zusagte, es stimme doch gar nicht, daß bei Hoesch niemand entlassen worden sei, und dabei auf die vielen ausländischen Kollegen aus den Subunternehmen verwies, da fing dieser Betriebsrat nur an zu schreien: ***„Alles KPD/ML-Propaganda, alles KPD/ML-Propaganda"***. Seine Logik ist die aller Reaktionäre. Wer die Wahrheit sagt, muß Kommunist sein. Auch ein Urteil über die KPD/ML, oder?!

Werkschutz

Kampftruppe gegen die Arbeiterklasse

„Wie hoch die Kosten auch sein mögen, die Arbeiter müssen immer von energischen und erfahrenen Männern überwacht werden“, heißt es in den Sicherheitsvorschriften von Krupp aus dem Jahr 1872. Heute heißt es: „Der Begriff des modernen Werkschutzes ist kein Schutz vor Betriebsangehörigen sondern ein Schutz des Gesamtbetriebes, einschließlich seiner Einrichtungen. (...) Schutz des Arbeitsplatzes. Er ist auch Schutz des einzelnen Betriebsangehörigen...“ (Karl Günter vom DGB-Vorstand). Der DGB-Apparat versucht den Arbeitern weiszumachen, durch das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Fragen der Ordnung des Betriebes (§ 87 BVG), würde ein „demokratisches“ Verhalten des Werkschutzes erreicht werden.

Aber hat sich am Wesen und den Aufgaben des Werkschutzes von damals heute denn wirklich etwas geändert? Erst einmal gibt es keinerlei gemeinsame Schutz- und Sicherheitsinteressen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern. Wenn die Kapitalisten davon sprechen, meinen sie immer ihren Schutz vor den Kämpfen der Arbeiter. Die Aufgabe des Werkschutzes ist es auch nicht hauptsächlich, Diebstahlsdelikte herauszufinden, wie es häufig dargestellt wird, wobei die Arbeiter sich wie Kriminelle, Taschenkontrollen und Leibesvisitationen in vielen Betrieben unterziehen müssen und gleichzeitig gegeneinander aufgehetzt werden sollen, indem jeder in jedem einen Dieb sehen soll.

Der Werkschutz ist im Wesen eine schlagkräftige, bewaffnete Truppe der Kapitalisten im Betrieb, die vor allem spontane Kämpfe der Arbeiter niederschlagen soll, wie z. B. 1973 bei Ford in Köln und Hella in Lippstadt. Die Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft empfiehlt auch nicht ohne Grund: „Der Werkschutz in großen und kleinen Unternehmen kann nicht durch Rentner, sondern nur durch körperlich leistungsfähige Betriebsangehörige mir schnellem Reaktionsvermögen gewährleistet werden“, denn schlagkräftige Männer sind für diese Aufgabe natürlich besser geeignet.

Sehen wir uns die Tatsachen an:

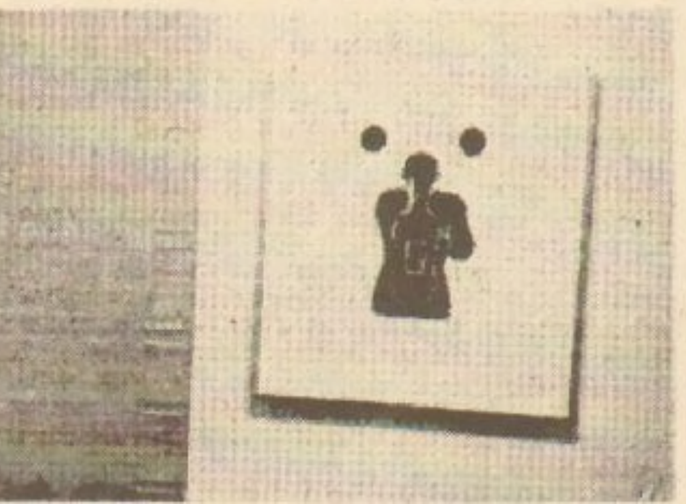
Es sind im Moment nach offiziellen Angaben ca. 107000 Mitarbeiter im Werkschutz tätig, davon 55000 in betriebseigenen — weitere 52000 in ca. 824 Wach- und Sicherheitsorganisationen. In den Betrieben wird der Werkschutz nach militärischen Gesichtspunkten aufgebaut. Bei Opel in Rüsselsheim gibt es den Portal- und Streifendienst, der in drei Zügen organisiert ist, den technischen Kontrolldienst, den Wiegedienst und den Ermittlungs- und Fahndungsdienst. Jedem Zug stehen ein Zugführer und zwei Unterführer vor. Die Feuerwehr untersteht auch dem Werkschutz und die Feuerwehrwagen sollen bei Arbeitskämpfen als Wasserwerfer eingesetzt werden. Der Ermittlungsdienst ist eine Art Kripo im Betrieb, der eigenständig Hausdurchsuchungen durchführen kann, Kollegen verhören kann, der besondere Ermittlungen anstellt, wie das Führen schwarzer Listen. Bei BASF ist der Werkschutz nach offiziellen Angaben 353 Mann stark, und dort gibt es auch einen Ermittlungsdienst mit einer Stärke von 14 Mann, eine Zahl, die offensichtlich untertrieben ist. Bei BMW in München gibt es offiziell 155 uniformierte Werkschützer und daneben den Ermittlungsdienst.

Ausgebildet von Faschisten

1964 gab es über 50% der Werkschutzführer, die ihre Erfahrungen im Hitler-Faschismus gesammelt hatten. Sie haben den heutigen Werkschutz ausgebildet und führen teilweise auch heute noch den Werkschutz in einigen Betrieben. Der Werkschutzleiter Allgaier von Opel Rüsselsheim bestätigte im Juni 74 selbst, daß seine Fähigkeiten, den Werkschutz zu führen, aus dem Hitler-Faschismus herrühren. In Bochum wird der Opel-Werkschutz von Karl Kalinski geführt, einem alten SS-Mann, der von den Kollegen spöttisch „Bombenkarl“ genannt wird, offen mit faschistischen Auszeichnungen herumläuft und gleichzeitig auch noch Detektiv bei Karstadt ist.

Der Werkschutz ist bewaffnet

Natürlich wird immer wieder abgestritten, daß der Werkschutz bewaffnet sei, aber in Wirklichkeit sieht das anders aus. So hat der Werkschutzleiter von BMW im Jahr 1974, beim Prozeß gegen die Betriebszeitung der KPD/ML, sich verplappert und zugegeben, daß Waffen existieren. Der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Bockmann, schrieb „Die Welt“ im Oktober 64, „ließ in der Landeshauptstadt verlauten, in Bonn würden gegenwärtig Überlegungen angestellt, den über 60000 zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüsteten Männern des bundesdeutschen Werkschutzes den Status von Hilfspolizisten zu verleihen.“

Die „Industrieschutztruppe“ des Faschisten Mihm übt sich in Treffsicherheit auf dem firmeneigenen Schießstand

Paramilitärische Werkschutzverbände

Neben dem offiziellen Werkschutz haben die Kapitalisten vor allem in den Großbetrieben regelrechte paramilitärische Verbände im Rahmen des Werkselbstschutzes aufgebaut, die in sogenannten Katastrophenfällen in Einsatz kommen sollen. Mit solchen „Katastrophenfällen“ sind vor allem Streiks und Aufstände sowie Krieg gemeint. Mit diesen Verbänden sollen Streiks der Arbeiter niedergeschlagen werden und in Kriegsfällen sollen die Arbeiter, ähnlich wie bei Hitler, mit Waffengewalt zur Rüstungsproduktion gezwungen werden. Diese Verbände sind zwar mit Wissen und Unterstützung der Regierung, des Verfassungsschutzes und anderer Sicherheitsdienste aufgebaut worden, aber geheim gegenüber den Arbeitern.

Heute sind diese Verbände, die zum großen Teil aus Werkschützern bestehen, meist mit dem Werkschutz verschmolzen. Im Gegensatz zu den Dementis der Kapitalisten macht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem internen Schriftstück aus dem Jahre 1964 Vorschläge zum Aufbau und zur Gliederung sowie Ausrüstung dieser Betriebskampfgruppen.

Günter Walraff konnte durch seine Untersuchungen diese Tatsachen bestätigen. Indem er sich als Eingeweihter, bzw. als Mitarbeiter einer höheren Stelle, die damit zutun hat, ausgab, erreichte er, daß verschiedene Werkschutzleiter ihm bereitwillig Auskunft gaben. So erfuhr er, daß bei Continental 70 Waffenscheinträger mit entsprechenden Waffen arbeiten, daß Notstandspläne für den Fall eines Streiks vorbereitet sind, daß Dolmetscher als Spitzel gegen die ausländischen Arbeiter eingesetzt werden. Bei der Firma Henschel in Kassel wurde ihm bestätigt, daß Schießübungen durchgeführt werden, wie auch bei Mannesmann und anderes mehr. Teilweise wird die Ausbildung dieser Gruppen von der Polizei selbst vorgenommen.

Zentral geführt wurde der Aufbau dieser Betriebskampftruppen von der „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft“ (GSW) mit verschiedenen Unterorganisationen, die mit allem möglichen Sicherheitsorganisationen, wie dem Verfassungsschutz, der Polizei, dem MAD usw. und dem Bundesinnenministerium in Verbindung stand. Nachdem diese Fälle in der Öffentlichkeit bekannt wurden, wurde die GSW 1968 scheinbar aufgelöst. Aber unter anderem Namen existiert sie heute weiter als „Koordinierungsstelle für die gewerbliche Wirtschaft“ mit entsprechenden Organisationen auf Landesebene in Hamburg, Köln, Mönchengladbach usw., darüber hinaus gibt es für Baden-Württemberg die Landesstelle für Betriebsschutz e. V. Stuttgart, in Nordrhein Westfalen den Verband für die Sicherheit in der Wirtschaft e. V. Essen usw.

Der Werkschutz gehört also zum Netz von Unterdrückungsorganisationen, die die Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten niederschlagen sollen.

Faschistische Industrieschutzgruppen

Neben dem Werkschutz und den Werkselbstschutz existieren auch noch sogenannte Industrieschutzgruppen, wie die von Gerd Mihm in Kassel. Er unterhält eine bewaffnete Schutztruppe in Uniformen und eine Hundestaffel. Die Männer werden im Schießen und im Nahkampf nach FBI Methoden ausgebildet und erhalten zusätzliche Spezialkurse. Mit Zustimmung des Betriebsrates werden solche Faschisten in die Betriebe geschleust, um angeblich Werkspione ausfindig zu machen. Nicht selten kommt es vor, daß solche Leute den Werkschutz mit ausbilden.

DGB-Apparat unterstützt die Faschisierung

Dieses Netz von Organisationen gegen die Arbeiterklasse zeigt, wie die Militarisierung in der Wirtschaft und die Faschisierung im Betrieb vorangetrieben wird. Unterstützt wird das Ganze durch den DGB-Apparat, der ja das Mitbestimmungsrecht — auch in diesen Fragen — genießt. Das geht sogar soweit, daß der DGB-Apparat selbst Werkschützer mit ausbildet, wie Karl Günter vom DGB-Vorstand selbst zugibt. Der DGB-Apparat und der Werkschutz sind beide Unterdrükkungsinstrumente der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, der DGB-Apparat wendet nur eine andere Methode an, um nicht als Unterdrückungsinstrument durchschaut zu werden. Bekräftigt wird das durch folgendes Zitat aus der „Westfälischen Allgemeinen Zeitung“ vom 21. 1. 76: „Werkschutzleute, so stellt man beim DGB fest, können jedoch bei Zusammenrottungen eingesetzt werden, um Rädelsführer auseinanderzubringen, Eskalationen und in kritischen Situationen Schäden an Werksanlagen und Arbeitsstätten zu vermeiden.“ So sind dann auch ca. 90% der Werkschützer im DGB organisiert.

Diese Militarisierung und Faschisierung macht noch einmal mehr deutlich, welche Furcht die Kapitalistenklasse vor dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse hat, und daß die Kapitalistenklasse niemals ihre Macht freiwillig abtreten wird, sondern daß sie in der Proletarischen Revolution gestürzt werden muß.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Arbeitsgericht: Berufung von Uwe abgelehnt

Bei den Betriebsratswahlen war der Kommunist Uwe Bräutigam von den Kollegen bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf-Rath zum Betriebsrat gewählt worden. Kurz darauf wurde er entlassen. Uwe ging zum Arbeitsgericht. Das Gericht gab den Mannesmann-Kapitalisten recht. Daraufhin ging Uwe in Berufung. „Der Rote Schraubstock“, die Betriebszeitung der KPD/ML und der ROTEN GARDE bei Mannesmann schreibt dazu:

„Als Uwe das Arbeitsgerichts-Urteil erhielt, in dem ihm und allen Mannesmann-Kollegen schwarz auf weiß bescheinigt wurde, daß die Stimmen der Kollegen für ihren Roten Betriebsrat dem Gericht einen Dreck wert waren und daß Uwe „zu Recht“ entlassen wurde, weil er nicht „vertrauensvoll“ mit den Kapitalisten und ihrer Betriebsrats-Clique zusammenarbeiten wollte, wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt, da schickte Uwe natürlich postwendend seine Berufung los; nicht, weil er dachte, das Landesarbeitsgericht wäre einen Deut „gerechter“ als das Arbeitsgericht in Düsseldorf — aber so billig sollten sie schließlich nicht davonkommen: Von unseren sowieso spärlichen Rechten haben wir keinen Millimeter zu verschenken!

Uwes Berufung wurde nicht zugelassen. Der Grund: Auf dem Berufungsantrag stand nur ‚Uwe Bräutigam gegen Mannesmann Röhrenwerke A. G.‘, die Adressen von Uwe und den Mannesmannstanden nicht drauf.

Und der Herr Landesarbeitsrichter? Der die ganzen Akten samt Adressen vor sich liegen hatte? — Der wartete ab, bis die Berufungsfrist abgelaufen war, ließ dann den Mannesmann-Rechtsanwalt einen Antrag auf Nicht-Zulassung der Berufung stellen und teilte Uwe mit, wegen eines ‚Formfehlers‘, nämlich der fehlenden Adressen, könnte die Berufung leider nicht zugelassen werden.

Gibt es einen klareren Beweis für die Zusammenarbeit von Arbeitsgericht und Kapitalisten? Für den Klassenauftrag, den diese Kreaturen zu erfüllen haben? Und für die Angst, die sie davor haben, daß ihnen die Maske der ‚unparteiischen Justiz‘ in einem Prozeß heruntergerissen wird?“

*****

Nach abgeschlossener Lehre soll bei Mannesmann jetzt auch der revolutionäre Jugendvertreter Waldemar Uhle entlassen werden. Er ist bereits der 3. für die Mannesmann-Bosse unbequeme Jugendvertreter, der fliegen soll. Waldemar, der für den KJVD, die Jugendorganisation der GRF eintritt, wurde bereits beurlaubt. In einem Flugblatt der ROTEN GARDE heißt es dazu:

„Ihm droht die Entlassung, weil er sich konsequent für die Interessen der Lehrlinge und Arbeiter eingesetzt hat. So hat sich Waldemar als Jugendvertreter vor allem für die Belange der Auszubildenden eingesetzt. Er trat gegen eine Verschlechterung der Elektroausbildung durch den Stufenplan auf, setzte sich für einen Existenzlohn von 700 DM für Lehrlinge ein und forderte Streikrecht auch für Auszubildende. Gegen die willkürliche Entlassung von Lehrlingen während der Probezeit hat er ebenso den Kampf aufgenommen wie für die Übernahme aller Lehrlinge ins Arbeitsverhältnis... Wir dürfen nicht dulden, daß unser Jugendvertreter bei MRW Lierenfeld rausfliegt... Kämpfen wir gegen die drohende Entlassung von Waldemar! Nur unsere Solidarität wird die Entlassung verhindern!“



DER ANGRIFF

Betriebszeitung der KPD/ML für die Arbeiter und Angestellten der HAGENUK

Beitragserhöhung durch die Hintertür

„Mit der Jahresabrechnung der IGM bekam jeder von uns gleichzeitig einen Bettelbrief der IGM: Kollegen zahlt mehr Beitrag. Die Ortsverwaltung ist bald pleite...

Kolleginnen und Kollegen, welch ein Hohn von dieser größten und reichsten Einzelgewerkschaft der Welt!

Durch üble Tricks zu noch mehr Geld

An den Methoden, wie sie die Beitragserhöhungen von uns ergaunern wollen, merkt man, daß sie vor keinen Tricks zurückschrecken. Erst wird ein bißchen gejammert ... die Finanzsituation ... die Notwendigkeit ... bla, bla, bla — und zum Schluß auch gedroht, daß der Beitragsanteil gegenüber den Lohnerhöhungen rückläufig sei.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Als wir alle Überstunden schoben und die Zulagen noch hatten, forderte die IGM uns auf, nach Satzung zu zahlen und die geht vom Bruttoverdienst aus. Da verdiente ein Kollege in Lohngruppe 6 ca. 1700 brutto, dies entspricht in der Satzung einem Beitrag von 16 DM.

Heute, nach Abbau der Überstunden und teilweise wie in anderen Firmen der Zulagen und Ähnlichem, sinkt der Bruttoverdienst, verdient der gleiche Kollege in Lohngruppe 6 (Grundlohn plus 16% mal 173 Stunden) 1400 DM brutto.

Was machen aber die IGM-Bonzen? Sie ‚vergessen‘ den Bruttoverdienst und führen in ihrem Brief nur noch die Lohngruppen an, und da soll der Kollege in Lohngruppe 6 15 DM Beitrag zahlen. Also 1 DM mehr. Das ist eine glatte Beitragserhöhung, bei gleichzeitiger Lohnsenkung. Im Gegensatz zu ihrer demagogischen Behauptung in ihrem Brief, daß der Beitraganteil im Verhältnis zu den ‚Lohnsteigerungen‘ rückläufig sei. Darum Kolleginnen und Kollegen, zahlt keine Erhöhungen, sondern senkt Eure Beiträge auf das Mindeste, was Ihr bezahlen müßt...“ (gekürzt — RM)

Revisionistisches

SED: KOMMUNISTISCHE MORAL LANGWEILIG

In aller Stille hat die SED ihre sogenannten „Gesetze zur kommunistischen Moral" fallengelassen. SED-Chefideologe Hager kommentierte: Die Partei habe im Zusammenhang mit ihrem neuen Programm und Statut bewußt darauf verzichtet, Moralgesetze zu formulieren.

Verwunderlich ist das nicht. Wie sollen ein Staat und eine Partei die Menschen zu kommunistischer Moral erziehen, wenn sie selbst die Werktätigen ausbeuten und eine faschistische Unterdrückung gegen sie ausüben, nur in Worten vom Sozialismus sprechen? In der DDR herrscht seit Jahren die dekadente Moral des Kapitalismus, die Moral der bürgerlichen Konkurrenz, der Korruption, nehmen Kriminalität, Alkoholismus und Sexideologie von Jahr zu Jahr immer mehr zu. So weisen die DDR-Revisionisten nicht ohne Stolz darauf hin, daß auch sie in der DDR ihre Sexmagazine und Pornoblättchen haben, auf denen nicht anders als im Westen nackte Frauen prangen, die für diese Schweinereien auch noch hoch bezahlt werden. Oder betrachte man sich in Ostberlin auf dem Alexanderplatz die heruntergekommenen jugendlichen Gammler, zumeist sogar Jugendliche der „besseren Funktionärsfamilien", die auch noch als Ausdruck jugendlicher „Freiheit" hingestellt werden. Das gefällt der neuen Bourgeoisie allerdings, während eine wahrhaft kommunistische Moral ihr bei ihren Verbrechen direkt im Wege stünde. Der jetzige „Verzicht" auf Gesetze zur kommunistischen Moral ist in der Tat nur der theoretische Vollzug dessen, was in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der neuen Bourgeoisie schon lange der Fall ist. Die revisionistische DDR leidet an eben denselben Verfallserscheinungen wie die kapitalistische Gesellschaft in den USA, in Westdeutschland oder anderswo. Für den Chefideologen der SED-Revisionisten, Hager, ist diese Verkommenheit aber durchaus nicht Ausdruck des kapitalistischen Verfalls: „Ohne menschliche Schwächen" (sprich kapitalistische Moral) „wäre es wohl auch ein wenig langweilig."

„DIENST AM VOLK"?

Aus einem Bericht des revisionistischen DDR-Blattes „Berliner Zeitung" geht hervor, wie unter dem Aushängeschild des „Dienstes am Volk" die Werktätigen zugunsten der neuen Bourgeoisie ausgebeutet werden. Dort wird berichtet, wie in der Paracelsus-Apotheke in Ostberlin ein neuer Bereitschaftsdienst am Wochenende durchgeführt wird: „Für Bärbel Hoffmann (eine Angestellte) hieß das an diesem Wochenende: ab Sonntag 12 Uhr bis Montag 8 Uhr, dienstbereit zu sein. Danach setzte sie ihre normale Arbeit fort." Wie diese Dienstbereitschaft aussieht, berichtet der Reporter der „Berliner Zeitung": „Während meines Besuches klingelte es innerhalb von fünf Stunden rund 40 mal an der Apothekentür." Ein weiteres Beispiel gibt die DDR-Zeitung „Neue Zeit". Sie berichtet, daß im Rahmen der „Parteitagsinitiative der FDJ" die jungen Bauarbeiter in Ostberlin dazu gebracht wurden, durch Rationalisierungsmaßnahmen und besondere Pläne, 375000 Arbeitsstunden einzusparen. Für die neue Bourgeoisie bedeutet das 1,6 Millionen Mark weniger auszuzahlen.

Ob beim Bereitschaftsdienst in der Apotheke oder bei der verstärkten Rationalisierung und Arbeitshetze unter den jungen Bauarbeitern — die DDR-Revisionisten versuchen insbesondere unter der Jugend, die stets am entschlossensten für die Interessen des Volkes eintritt, mit ihrer Propaganda vom „Dienst am Volk" und „Dienst am Aufbau des Sozialismus" ihre Profite zu steigern. Denn für das Volk hält sie nur Ausbeutung, Ausplünderung und faschistische Unterdrückung bereit.

Tausende Säuglinge durch Flaschenernährung gestorben

Tötet Nestlé Babys?

Am 26. November letzten Jahres begann in der Schweiz ein Prozeß des Konzerns Nestlé gegen die „Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik". Die Klage des Konzerns richtete sich gegen eine Studie, die unter dem Titel „Nestlé tötet Babys" von den Arbeitsgruppen auf deutsch übersetzt worden war. Die Studie weist nach, daß Nestlé durch breiten Verkauf künstlicher Säuglingsnahrung in den Entwicklungsländern das Leben Tausender Kleinkinder auf dem Gewissen hat — getrieben von dem einen Ziel, seine Profite zu erhöhen.

Gewiß ist die Flaschenernährung außerordentlich nützlich, wenn Mütter, aus welchen Gründen auch immer, ihre Kleinkinder nicht oder nicht genügend stillen können. Aber hat der Nestlé-Konzern zu diesem Zweck seine 303 Fabriken, davon 81 in 28 Entwicklungsländern, seine 99 Verwaltungszentren und 728 Verkaufsstellen errichtet? Keineswegs. Nestlé, der zweitgrößte Nahrungsmittelkonzern der Welt, ist ein imperialistisches Monopolunternehmen, dessen Ziel es ist, in Konkurrenz zu anderen Unternehmen seine Märkte auszuweiten, seine Umsätze, seinen Profit zu erhöhen — koste es, was es wolle.

Gerade in den letzten zehn Jahren hat sich dieser Konzern insbesondere auf die Entwicklungsländer gestürzt, um hier neue Absatzmärkte für die künstliche Säuglingsnahrung zu erschließen. Konkret heißt das: möglichst viele Mütter vom natürlichen Stillen ihrer Säuglinge abzubringen und zur künstlichen Ernährung mit der Saugflasche zu bringen. Gerade in den Entwicklungsländern aber — und dessen sind sich die Nestlé-Monopolherren sehr wohl bewußt — führt diese künstliche Ernährung zu verheerenden Folgen. Da die hygienischen Bedingungen für die gefahrlose Verwendung der Saugflasche in diesen Ländern zumeist noch nicht gegeben sind, starben bereits tausende Säuglinge und die Zahl derer, die schwer erkrankten und unheilbare Folgen davontrugen, ist noch weitaus höher.

Die Ursachen liegen auf der Hand: Schon wenige Bakterien in einer Saugflasche können sich in kurzer Zeit tausendfach, ja geradezu explosionsartig vermehren. Die Folge aber ist: Ohne daß man es bemerkt, ist die Flasche voller Krankheitskeime, die beim Trinken dann durch den Sauger direkt in den Magen des Säuglings gelangen. Der Säugling erkrankt, bekommt Durchfall, sein Allgemeinzustand verschlechtert sich, er wird mehr und mehr infektionsanfällig. Oft endet diese verhängnisvolle Kette mit dem Tod.



„In Sambia und in einigen anderen Ländern ist es Sitte, dem Kind, wenn es stirbt, etwas auf das Grab zu legen, das ihm gehört hat. Es ist traurig, so viele Kindergräber mit einer Saugflasche zu sehen, die die Kinder wahrscheinlich umgebracht hat." (M. King, Wissenschaftler für medizinische Versorgung). Das Photo zeigt ein solches Grab auf dem Chingwele Friedhof in Lusaka, Sambia.

Kindersterblichkeit bei Flaschennahrung dreimal höher

Natürlich schreibt Nestlé in seiner Gebrauchsanweisung: „Waschen Sie jedesmal Ihre Hände gründlich mit Seife, bevor Sie die Mahlzeit für ihr Kind zubereiten. Kochen Sie die Saugflasche 10 Minuten aus." Doch wie sieht das in den Entwicklungsländern aus? Viele Menschen dort sind noch Analphabeten, die Gebrauchsanweisung ist für sie wertlos. Mehr noch: die meisten Haushalte verfügen weder über fließendes Wasser, noch über einen Kochherd, so daß die Verbreitung der künstlichen Säuglingsernährung notwendigerweise zu schlimmen Folgen führen muß. In einem Bulletin der Weltgesundheitsorganisation schrieb der Wissenschaftler S.J. Plank: „Zwischen 1969 und 1970 wurden 1712 chilenische Mütter auf d m Lande befragt, um herauszufinden, ob ihre Ernährungsgewohnheiten zur Kindersterblichkeit beitrügen. Unter den Babys, die vor dem dritten Lebensmonat die Flasche erhielten, gab es dreimal soviel Tote wie unter den rein mit der Brust ernährten. Fast die Hälfte aller Kinder wurde in diesem Alter flaschenernährt, und dies war daher ein bedeutender Faktor bezüglich der Kindersterblichkeit."

Dennoch — koste es das Leben tausender Kleinkinder — betreibt Nestlé in den Entwicklungsländern breiteste Propaganda für die künstliche Säuglingsnahrung und spiegelt der Bevölkerung vor, daß diese Nahrung für die Gesundheit der Säuglinge das Beste vom Besten wäre. In einem Bericht der holländischen Ärztin C.A.M. Wennen, die bereits 1968 die Praktiken Nestlés in Nigeria aufdeckte, heißt es: „Ich erinnere mich lebhaft, wie ich beim Einkaufen in einem kleinen Laden der United African Company am Ufer der Flusses Niger, wo ein kleines Transistorradio die Kundschaft unterhielt, zum erstenmal aufschnappte: „Lactogen (Nestlé-Produkt — RM) ist gut fürs Baby", dies als Lied in packendem Rythmus, in Englisch und in der einheimischen Sprache. Bei anderer Gelegenheit die folgende Indoktrination: „Mutter, vertraue auf Lactogen. Wenn Du zufällig Dein Kind vielleicht nicht selber stillen kannst, verlange Lactogen in der Drogerie. Alles, was in der Muttermilch vorhanden ist, ist auch in Lactogen. Mutter, gib acht auf die Gesundheit Deines Kindes und gib ihm das Beste: gib ihm Lactogen". **Diese Botschaft brachte in einer Gegend mit hoher Kindersterblichkeit mancher Mutter neue Hoffnung, und es war deshalb nicht überraschend, daß nun Saugflaschen auftauchten, die zusammen mit Milchbüchsen von gewitzten Händlern verkauft wurden."** Und die Folgen? Die holländische Ärztin berichtet: „Im kleinen Dorf Igangan sah ich zum Beispiel an einem bestimmten Tag 10 von 36 Müttern mit Saugflaschen in ihren Taschen in der Klinik warten, das Innere der Saugnippel schwarz verkrustet."

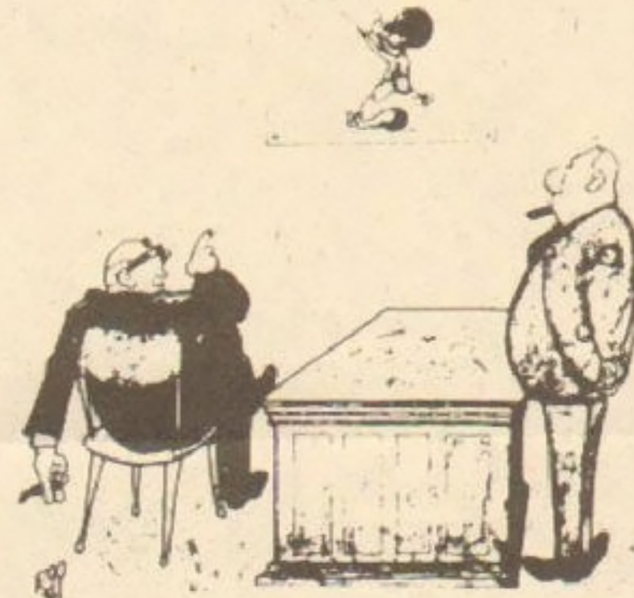
Der Betrug mit dem weißen Kittel

Insbesondere mit dem weißen Kittel versuchen Nestlé, wie auch andere Firmen, die Mütter vom Stillen abzuhalten und zur künstlichen Säuglingsernährung zu überreden. In einem Report über Milchbanken in der Dominikanischen Republik heißt es: „Ein hoher Angestellter des Spitals... sagte, daß Verkaufspersonal der Firma regelmäßig ins Spital käme, um Propagandamaterial und Gratismuster an die Mütter zu verteilen. Der Sprecher sagte, man hätte einige Versuche unternommen, diese Leute aus dem Spital herauszuhalten, doch sie kämen weiterhin und zwar aufgrund von finanziellen Arrangements, die mit gewissen Krankenschwestern und Ärzten gemacht werden... Andere Quellen sagten, daß monatliche Zahlungen an Ärzte durch Milchproduzenten, manchmal in Form von Firmenaktien, auf einen anderen Namen, keine ungewöhnliche Praktik darstellen."

Die übelste Form der Nestlé-Reklame aber beschreibt Professor Derrick Jelliffe von der Universität Los Angeles: „Eine der heimtückischsten Formen der Werbung und der Verkaufsförderung ist diejenige der sogenannten „Milchschwestern". Dies sind ausgebildete Krankenschwestern, die wegen besserer Arbeitsbedingungen verständlicherweise veranlaßt werden, vom Staatsdienst zur Privatwirtschaft zu wechseln. Theoretisch werden sie von den Milchfirmen angestellt, um die staatlichen Gesundheitsdienste bei der Kinderpflege und Hygiene, inbegriffen Hausbesuche, zu unterstützen. In Wirklichkeit besteht eine ihrer wichtigsten Funktionen darin, direkt und indirekt den Verkauf des Produkts der jeweiligen Firma zu steigern, in Konkurrenz mit anderen Gruppen von Milchschwestern, die von anderen Firmen angestellt sind. Üblicherweise gelingt es ihnen, sich Zutritt zu den Spitälern zu verschaffen, sogar dort, wo die Hausordnung es verbietet und den Müttern und Kinderschwestern Gratismuster zu verteilen. Ferner verschaffen sie sich die Namen und Adressen von Müttern, die eben geboren haben und besuchen sie zu Hause, geben Ratschläge und Informationen und verteilen Gratismuster. In Tat und Wahrheit sind sie ein Netz von Verkaufsförderern für das jeweilige Produkt." So wurden mit dunklen Methoden die Mütter vom Stillen abgebracht: Sie sollen glauben, Mediziner würden ihnen diesen Rat erteilen, Statistische Untersuchungen aus Ibadan in Nigeria beweisen das nachhaltig: 95% der Mütter, die Brust und Flaschenernährung kombinieren, sind dort der Meinung, diese Ratschläge seien ihnen von medizinischem Personal, besonders von Hebammen und Krankenschwestern gegeben worden.

Der Gratisprobe folgt die Ausplünderung

Nicht ohne Stolz wiesen die Nestlé-Verkaufsleiter immer darauf hin, daß sie breit Gratismuster verteilen. Aber gerade dies ist einer der üblen Tricks der Nahrungsmittelmonopole. Haben die Mütter mit den Gratisproben erst einmal einige Wochen die künstliche Ernährung begonnen, so sind sie nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage, ihre Kinder genügend selbst zu stillen. Und sie sind dann praktisch darauf angewiesen, für teures Geld die künstliche Säuglingsnahrung zu kaufen. — Für Nestlé und ähnliche Firmen ist das Ziel erreicht. Denn nun beginnt die eigentliche Ausplünderung der Bevölkerung: Die Weltgesundheitsorganisation, WHO, hat bei Versuchsprodukten festgestellt, daß der Herstellungspreis für künstliche Kindernahrung lediglich ein Fünftel der Kosten des Nestlé-Produkts Lactogen beträgt, das heißt, daß das Nestlé-Produkt, wie auch die Produkte der Konkurrenzfirmen fünfmal so teuer sind! Für die Bevölkerung in den Entwicklungsländern hat das katastrophale Auswirkungen: Eine Ernährung mit Nestlé-Produkten kostet für Säuglinge im 3. Lebensmonat in Indien 22% der niedrigsten Einkommen, in Nigeria, Afghanistan oder Pakistan liegt der Prozentsatz sogar zwischen 30 und 40%. Die Folgen sind oft: Mütter, die ihr Kind mit der Flasche zu ernähren begonnen haben — oft aufgrund der Werbung und der Gratismuster — sehen sich gezwungen, die teure Flaschenmilch zu verdünnen, so daß die Säuglinge mit der Zeit an Unterernährung und sogar an Auszehrung leiden, ohne, daß die Mütter die Ursache erkennen können. Für tausende Kinder bedeutet dies der Tod, oder aber, wenn sie trotz Unterernährung überleben, tragen viele der Kinder aufgrund der Mangelernährung eine nicht wieder gutzumachende Schädigung des Gehirns davon.



»Schade, sie werden nie alt genug, um unseren Sofort-Kaffee zu versuchen«

(aus: „Flaschenpost", Zeitung der Schweizerischen Arbeitsgruppen).

„Pionierdienst" für den Profit

Welche Ausmaße dieses skrupellose Vorgehen der Nahrungsmittelkonzerne auf dem Sektor der Säuglingsnahrung bereits angenommen hat, verdeutlichen die Zahlen aus Chile: Dort wurden vor 20 Jahren 95% aller chilenischen Einjährigen mit der Brust ernährt; heute jedoch werden von den 2 Monate alten Säuglingen dieses Landes nur noch 20% gestillt. Ähnlich sind die Verhältnisse in den anderen Erdteilen. Der zynische Kommentar der Konzernleitung in der Schweiz: „Nestlé hat hier Pionierdienst geleistet ..." „Pionierdienst" für die Nahrungsmittelmonopole, der Tausenden Säuglingen bereits den Tod, Nestlé aber Millionen gebracht hat.

Vom Aufbau des Sozialismus

FRÜHJAHRSVORBEREITUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Der Winter ist von den Werktätigen der Landwirtschaft in Albanien zu einer Periode intensiver Arbeit gemacht worden. In breiter Front wird jetzt an der Erschließung von Neuland in den Hügel- und Gebirgsgegenden gearbeitet, um es im Frühjahr zu bebauen. Bis jetzt sind in einigen Bezirken wie Pogradec, Librazhd, Permet usw. der Jahresplan der Neulanderschließung erfüllt und übererfüllt worden. Daneben werden Vorbereitungen auf die Frühjahrsaussaat getroffen und in einigen Bezirken hat die Aussaat bereits begonnen. Bei diesen Arbeitsprozessen werden in breitem Maßstab Maschinen der Maschinentraktorenstation eingesetzt. Zahlreiche Traktoren pflügen das Neuland in den abgelegenen Gebirgsgegenden, und auch bei der Vorbereitung der Aussaat werden die meisten Arbeiten maschinell ausgeführt.

Die Werktätigen der Maschinentraktorenstation haben, von dem im ganzen Land herrschenden Schwung ergriffen, Verpflichtungen übernommen, die Aussaat der Frühjahrskulturen unter optimalen Bedingungen vorzunehmen und so die Grundlage für Höchsterträge in diesen Kulturen zu legen.

In der albanischen Landwirtschaft werden Maschinen weitgehend eingesetzt. Heute erfolgt 80% des Pflügens und der Aussaat, 60% des Mähens und Dreschens von Getreide usw. maschinell. Der Mechanisierungsgrad ist auch im Vergleich zu anderen Ländern ziemlich hoch. Das wurde durch die ständige Verstärkung und Modernisierung der maschinellen Basis, als einem Faktor der sich stark auf die Intensivierung der Landwirtschaft auswirkt, erreicht. Die Zahl der Traktoren z.B. auf 15 PS bezogen, beträgt das doppelte von 1960. Die motorisierte Zugkraft der Maschinen stellt 94% der gesamten Zugkraft der albanischen Landwirtschaft dar.

Wußten Sie schon...

... daß in der Volksrepublik Albanien die Landbevölkerung etwa 67% der Bevölkerung des Landes ausmacht? Seit der Befreiung ist die Landbevölkerung auf das Doppelte angewachsen, die landwirtschaftliche Produktion stieg in der gleichen Zeitspanne auf das Vierfache.

... daß — während es bei uns gerade in Gebirgsgegenden nicht selten Dörfer gibt, die von der Außenwelt weitgehend abgeschnitten sind, in Albanien alle Bauernhäuser elektrisches Licht haben, bis auf seltene Ausnahmen alle über befahrbare Straßen erreichbar sind, seit 1973 ausnahmslos jedes Dorf über Telefonanschluß verfügt und jedes Dorf eine Ambulanz, ein Entbindungsheim, eine Entbindungsabteilung oder -station hat?

... daß heute über 45% der Landbevölkerung in neuen Häusern wohnen? Allein von den Bauernwirtschaften wurden in den Jahren 1950-1973 135 143 Wohnungen gebaut.

... daß es vor der Befreiung Albaniens, 1938, in ganz Albanien insgesamt nur 45 Agronomen, Zootechniker und Tierärzte mit Hochschulbildung gab, die zudem hauptsächlich in der Staatsverwaltung arbeiteten, während heute im albanischen Dorf etwa 47000 Spezialisten der verschiedenen Berufe tätig sind, davon 16000 Spezialisten der Produktion? Die Dorfintelligenz macht etwa 13% der Werktätigen des Dorfes und etwa 35% der Intelligenz des Landes aus. 32,7% der Dorfintelligenz sind Frauen.

... daß heute in Albanien bereits alle Dörfer kollektiviert sind?

... daß es in jedem albanischen Dorf Geschäfte des sozialistischen Handels gibt? Ende 1973 gab es für je 1000 Einwohner 2,6 Handelseinheiten.

Kommunistenjagd in Duisburg

„Unterstützen wir die Duisburger Genossen, die vom Klassenfeind mit besonderem Haß verfolgt werden", so hieß es Anfang des Jahres in einem Artikel des ROTEN MORGEN. Eine Genossin aus Duisburg hat uns jetzt einen längeren Bericht über die besondere Situation in Duisburg geschrieben.

Mannschaftswagen der Polizei rasen in den Innenhof des Gerichts, Polizisten springen mit gezogener Pistole heraus, das Gerichtsgebäude ist voller ziviler Polizisten. — Eine Szene aus einem Krimi? Nein, das ist der „Alltag" bei den Routhier-Prozessen in Duisburg. Fast jeden zweiten Tag wird in Duisburg ein Genosse vor die Klassenjustiz gezerrt. Die „Verbrechen" dieser Genossen aus der ganzen Bundesrepublik: Sie sind mutig gegen den Mord an unserem Genossen Günter aufgetreten. Seit dem Tag, an dem Günter Routhier als Zuschauer bei einem Arbeitsgerichtsprozeß des entlassenen Mannesmann-Arbeiters Hanfried Brenner ermordet wurde, verfolgt die Polizei jeden, der die Wahrheit über diesen Mord verbreitet mit besonderem Haß.

Freiheit für die türkischen Patrioten!



Die türkischen Patrioten Ömer Özerturgut und Hatice Johurta sind aus der Abschiebehaft entlassen worden. Weiterhin in Haft ist Genosse Mustafa Tutgun. Über die Anträge der türkischen Patrioten auf politisches Asyl ist noch nicht entschieden worden. Der Kampf gegen die Abschiebung geht weiter.

Bild: Kölner Genossen der Partei lassen ein mit Gas gefülltes Zellophantransparent hochsteigen.

Die bürgerliche Klassenjustiz steht der Polizei in nichts nach: Mit unzähligen Strafbefehlen und Anklageschriften geht die Verfolgung weiter. Die Genossin Maike Tuschen aus Duisburg erhält zeitweilig jede Woche eine neue Anklageschrift. Das Gericht geht während der Prozesse mit nicht weniger Terror gegen die Genossen vor: **Wortentzug, hohe Ordnungsstrafen,** Ausschluß der Angeklagten, Räumung des Zuschauersaales, Terrorurteile. Sondergerichte für Routhier-**Prozesse sind inzwischen perfekt: Die** gleichen Richter, Schöffen und Staats**anwälte wechseln sich in diesen Pro**zessen ab. Diese Handlanger der Kapitalistenklasse zeigen offen ihren Haß auf die kommunistische Gesinnung der Genossen, fällen eindeutige Gesinnungsurteile.

Die Absicht der Klassenjustiz ist es, die Genossen hinter Gitter zu bringen: 7 Monate Gefängnis mit Bewährung für Pit Routhier, den Sohn des Genossen Günter wurden erst kürzlich in der 2. Instanz bestätigt; 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung forderte der Staatsanwalt im Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner. Dieser Plan wurde durch den Kampf der Partei verhindert. Hanfried wurde „nur" zu 12000 DM Geldstrafe verurteilt. Die Absicht der Klassenjustiz ist es auch, den Genossen Bernhard Kohnke ins Gefängnis zu stecken. Der Staatsanwalt forderte 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung und ging jetzt in Berufung, nachdem das Gericht „nur" eine Geldstrafe von 7500 DM verhängte. Außerdem hat der Staatsanwalt gegen Bernhard ein Meineidsverfahren eingeleitet, weil er im Prozeß gegen Pit Routhier die Lügen der Polizei widerlegt hat.

Um diesen Terror ausüben zu können, arbeitet das Gericht Hand in Hand mit der Polizei. Die zum „Schutze" des Gerichts anwesenden zivilen Polizisten brauchen sich keine Mühe zu geben, ihre Pistolen und Walky-Talkies zu tarnen. Im Prozeß gegen Maicke, Martin und Bernhard unterbrach das Gericht sogar die Verhandlung, um sich offen mit den Polizisten zu beraten. „Ein Wort vom Richter und ich räum hier auf", protzte dabei im Gerichtsflur einer dieser Typen.

Und das sind keine leeren Drohungen. Dieses Gesindel lauert ständig auf eine Gelegenheit, wieder einmal richtig reinschlagen zu können. So wie vor Weihnachten, als ein großes Polizeiaufgebot mit äußerster Brutalität eine Kundgebung vor dem Gericht auflöste. 14 Personen wurden festgenommen, darunter auch der Angeklagte, Professor Domdey selbst, der verurteilt werden sollte, weil er eine Pressemitteilung gegen die Ermordung des Genossen Günter mitunterzeichnet hatte.

Die gleichen üblen Schläger sind es, die die Bourgeoisie auf die Fährte der Genossen am Ort setzt, die uns bespitzeln, provozieren, drohen und zusammenschlagen. Um ihre Karteien zu vervollständigen und uns einzuschüchtern, wird jeder, der der Bourgeoisie unbekannt ist, bei der erst besten Gelegenheit verhaftet, erkennungsdienstlich behandelt oder es werden seine Personalien aufgenommen. Auf jeden unbekannten ROTEN MORGEN-Verkäufer, auf jeden unbekannten Verteiler vor dem Betrieb wird Jagd gemacht. Selbst die Torwächter bei Thyssen sind in diese Kommunisten-Hatz einbezogen. Verteilt ein Genosse vor dem Tor, wird sofort Werkschutz oder Polizei benachrichtigt, die Flugblätter beschlagnahmt oder die Genossen gleich mit verhaftet. Und das nicht nur bei „illegalen" Routhier-Flugblättern. Erst vor kurzem wurde die Polizei alar-




Günter Routhier (im Bild ganz rechts) nahm als Zuschauer an der Arbeitsgerichtsverhandlung des Kommunisten Hanfried Brenner teil. Dabei kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz, an dessen Folgen Günter Routhier, der an einer Bluterkrankheit litt, starb.

miert, als ein Genosse ein Extra-Blatt des „Roten Greifer", Betriebszeitung der KPD/ML, vor einem Tor von Thyssen verteilte und es wurde am gleichen Tag vom Werkschutz versucht, eine Genossin an einem anderen Tor zu vertreiben und ihr mit Polizei gedroht. Der Inhalt des „Roten Greifer": „Wahlbetrug des IGM-Apparats bei den Vertrauensleute-Wahlen bei Thyssen!!"

Ein anderer Versuch, die legale Agitation und Propaganda der Partei zu unterdrücken, war im letzten Jahr ein Überfall auf das Parteibüro zum ersten Todestag von Günter. Günters Bild wurde beschlagnahmt, und die anwesende Genossin stand deswegen jetzt vor der Klassenjustiz. Sie wurde wegen Beleidigung der Duisburger Polizei verurteilt, als „Zeugen" gegen sie traten 7 Bullen vom 14. K auf. Damals wurde auch das Büro der GRF von der Polizei überfallen.

Eine weitere Machenschaft der politischen Polizei ist, bekannte Genossen, die eine Rede halten, sofort anzuzeigen.

Besonders übel bei der Verfolgung der Partei hervorgetan hat sich einer der Mörder Günters, ein berüchtigter Schläger der politischen Polizei: Schabronat (für seine „Verdienste" inzwischen befördert, z. Z. angeblich in Münster an einer Polizeischule tätig). Schabronat hat sich bereits als Mitglied der „Sonderkommission zur Bekämpfung der Baade-Meinhoff-Gruppe" im konterrevolutionären Terror „bewährt". Aufgrund seiner Spitzeltätigkeit flattern den Genossen fast täglich Anklageschriften ins Haus. Seine „Observation" des ROTEN MORGEN bzw. der Partei spielt sich folgendermaßen ab: Schabronat kauft sich über Mittelsmänner einen ROTEN MORGEN, setzt sich zu Hause hin und schreibt eine Anzeige, denn „im ROTEN MORGEN findet man immer etwas Strafbares", so Schabronat über seine Spitzeltätigkeit vor Gericht. Bezeichnenderweise tritt er, einer der Mörder von Günter, in den meisten Prozessen als wichtiger Kronzeuge gegen die Genossen auf. Auf sein Konto gehen ebenfalls die Terror-Urteile gegen die Genossen. Solche Typen wie Schabronat braucht dieser Staat und seine Justiz: Handlanger, die niederträchtig und ohne Skrupel gegen das Volk und besonders gegen Kommunisten vorgehen, sie verleumden, mit Terror verfolgen und auch vor Mord nicht zurückschrekken.

Doch das reicht der Bourgeoisie noch nicht aus. Die Genossen sollen auch persönlich fertiggemacht werden. Pit Routhier hat schon mehrmals telefonische Drohungen erhalten. Schabronat drohte ihm schon früh: „Routhier, dich mach ich alle". Der Genossin Beate Kohnke „versprach"



Polizeiterror in Duisburg. Das Bild zeigt das Polizeiaufgebot an dem Tag, an dem Genosse Günter beerdigt wurde. Trotz brutalem Polizeieinsatz gaben 5000 Menschen Günter auf dem Friedhof das letzte Geleit.

er, daß er dafür sorgen würde, daß sie bald verschwindet. Gerade Beate und ihr Mann waren eine Zeitlang besonderen Schikanen ausgesetzt: willkürliche Hausdurchsuchungen, Kontrolle und Durchsuchen vor der eigenen Haustür, merkwürdige ständig vor der Haustür parkende Autos, die ihre Scheinwerfer aufblendeten, sobald einer nach Hause kam. Im Sommer wurden beide von den Zivilen des 14. K. anläßlich einer Beratung der Ratsherren zu den Fahrpreiserhöhungen vor dem Rathaus in übelster Weise beschimpft, die Polizisten bildeten sofort eine Kette gegen sie. Bei anderen Genossen werden „zufällig" vor der Haustür dauernd Verkehrskontrollen durchgeführt, an denen sich eigenartigerweise Schedlock, einer der Mörder Günters, beteiligt. Besagter Schedlock treibt sich bei allen Routhier-Prozessen im Gerichtsgebäude herum.

Diese wenigen Beispiele zeigen schon, wie die Bourgeoisie in „ohnmächtiger Wut" versucht, die Arbeit der Partei und anderer revolutionärer Organisationen zu unterdrücken. Es zeigt ihre Angst, daß die Partei den Zusammenhang von Günters Ermordung mit der zunehmenden Faschisierung des Staatsapparats aufzeigt und die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution propagiert.

Die Bourgeoisie weiß, daß diese Propaganda auf fruchtbaren Boden fällt, denn die Duisburger Bevölkerung hat ihre eigenen Erfahrungen mit den Schieß- und Schlägertrupps der Polizei. Der Duisburger Jugendliche Theo Duifhuis wurde von der Polizei erschossen, weil er bei rot mit dem Moped über die Kreuzung fuhr. Sein Bruder, der diesen Mord anprangerte, wurde von der Polizei zusammengeschlagen. J. Müller, ein Jungarbeiter, wurde im letzten Jahr auf offener Straße von einem Überfallkommando der Polizei krankenhausreif geschlagen, nur ein Beispiel von vielen. Die letzten Morde der Polizei gerade in NRW machen noch deutlicher, daß Günters Mord kein Einzelfall war.

Die besondere Verfolgung der Partei in Duisburg setzte aber nicht erst mit der Ermordung Günters ein, auch wenn sie seitdem im ungeheurem Maß verstärkt wurde. H. Brenner wurde 1973 fristlos von den Mannesmann-Kapitalisten entlassen. Die Polizei schleppte ihn gewaltsam vom Werk. G. Wagner, damals Arbeiter bei Thyssen, wurde auf offener Straße von der Polizei überfallen, verschleppt und 10 Tage an unbekanntem Ort gefangengehalten. Flugblätter, die dieses Vorgehen als Gestapo-Methoden entlarvten, wurden beschlagnahmt. Die Empörung über diese Verschleppung war so groß, daß die Bourgeoisie gezwungen war, Günter wieder freizulassen. Ein Dorn im Auge war der Bourgeoisie die erste revolutionäre 1. Mai-Demonstration der Partei 1974 in Duisburg. Provokateure der Polizei fuhren dabei in die Menge hinein, einer richtete sogar seine Pistole gegen die Demonstranten.

Natürlich ist die Bourgeoisie über das Erstarken der Partei in Duisburg erschreckt. Duisburg ist von großer strategischer Bedeutung für sie. Hier konzentriert sich West-Europas größte Stahlindustrie und 45% der gesamten Stahlindustrie der Bundesrepublik. Tausende von Arbeitern werden in den Werken von Thyssen (ca. 50000), Mannesmann und Krupp ausgebeutet. Streiks wie bei Mannesmann 1973 und revolutionäre Demonstrationen sind darum besonders gefährlich für die **Bourgeoisie. Wie wichtig Duisburg für** die Kapitalisten ist, zeigt auch der „Befehlbunker", den sie sich gerade für Millionen „nebenbei" beim U-Bahn-Bau anfertigen lassen.

Es ist längst bewiesen, daß der Überfall im Arbeitsgericht, bei dem Günter ermordet wurde, von langer Hand geplant war, vorbereitet aufgrund des Erstarkens der Partei in Duisburg. „Wenn jemand wie die KPD/ML vertritt, daß dieser Staat mit Gewalt beseitigt werden muß, dann muß die Polizei andere Maßnahmen ergreifen", so begründete der Einsatzleiter den Überfall vor Gericht. „Andere Maßnahmen", d. h. eben nackter Terror von eigens dazu ausgebildeten Sonderkommandos. So war Günters Ermordung Ausdruck einer weiteren Stufe der Faschisierung des **Staatsapparats, der Vorbereitung auf** die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur.

Gerade diese Tatsache hat die Partei, haben andere revolutionäre Organisationen seit der Ermordung von Günter unermüdlich verbreitet. Der Terror von Polizei und Justiz hat uns nicht eingeschüchtert, sondern wir haben unsere Anstrengungen noch verstärkt. Mit Stellschildern, Wandzeitungen, Plakaten, Parolen und Tausenden von **Flugblättern verbreitet die** Partei auch weiterhin die Wahrheit, daß Günter von der Polizei ermordet wurde. Wir können dabei auf die Unterstützung unseres Kampfes durch die Bevölkerung vertrauen. Viele ehemalige Kollegen von Mannesmann haben Hanfried ihre Solidarität versichert, als er vor dem Betrieb Flugblätter verteilte. Einige Kollegen bekundeten ihre Solidarität mit ihm im Gerichtssaal, kamen fast zu jedem Termin. Ein Kollege hatte sich sogar extra Urlaub für den letzten Verhandlungstag genommen. Große Zustimmung in der Bevölkerung fand auch das Hochsteigen eines Transparents mit Luftballons und der Aufschrift: „Freispruch für Pit Routhier. Nieder mit den Routhierprozessen", das vor dem Gericht über der Straße schwebte.

Besondere Empörung herrscht über die Terrorurteile der Klassenjustiz. Daran haben immer mehr erkannt, daß dieser Staat eine Diktatur der Kapitalistenklasse ist, die ihre Macht nur mit brutalem Terror aufrechterhalten kann. Vielen konnten wir inzwischen klarer machen, daß dieser Staat in der sozialistischen Revolution zerschlagen werden muß um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrükkung befreien zu können. So war es bestimmt mit das Ergebnis der Arbeit der Partei, daß sich Passanten schützend vor die Teilnehmer einer Kundgebung vor dem Gericht stellten, die von der Polizei zerschlagen wurde.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Mieterkampf der Studenten wird unterstützt

Liebe Genossen,

wie wir Euch schon berichtet haben, (s. Roter Morgen 7. 76), stehen die Bewohner eines Ehepaarwohnheimes in Bielefeld im Mieterstreik. Vom 1. Januar an sollten sie für ihre Wohnungen 350 DM Miete bezahlen, was eine Mieterhöhung um 34% bedeutet. Nach anfänglicher spontaner Empörung der Hausbewohner, die mit Flugblattaktionen und durch Anbringen von Transparenten am Haus protestierten, flachte der Kampf nach und nach ab. Das hatte mehrere Gründe: einerseits die Taktik der BGW (Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Hauseigentümerin). Trotz der Aktionen der Studenten, trotz zahlreicher Berichte in der Lokalpresse über den Mietstreik, stellte sie sich blind und taub. Sie tat so, als könne das Einbehalten der Mieterhöhung durch die Mieter nur ein Versehen sein und schickte höfliche Zahlungserinnerungen. Mit anderen Worten: die BGW versuchte mit Hilfe einer „Durststrecke" die Empörung verpuffen zu lassen. Diese Taktik wurde schon oft durch solche Gesellschaften bei Mietstreiks angewandt.

Andererseits waren einige Hausbewohner offensichtlich enttäuscht über die geringe Resonanz, die ihre Aktionen scheinbar bei den Bewohnern der umliegenden Siedlung hatten. Mehr und mehr setzte sich die Meinung durch, daß der Schwerpunkt des Kampfes auf der juristischen Ebene liegen müsse. Trotzdem beschloß die Hausversammlung, die Bevölkerung weiterhin über den Mietstreik zu informieren und zu versuchen, Solidarität zu organisieren. Am 20. Februar steckten die Studenten ein weiteres Flugblatt in der Siedlung, in der das Haus liegt und befestigten neue Transparente am Haus. Weithin war am nächsten Morgen am Haus zu lesen: „Mietstreik!" und „ 346 DM Miete bringen uns ins Grab, gemeinsamer Mietstreik macht uns stark!" Am Samstagmorgen bauten die Studenten im Einkaufzentrum der Siedlung einen Informationsstand auf und verteilten noch einmal die Flugblätter.

Dieses Mal schien die BGW empfindlicher getroffen zu sein. BGW-Boß Küppers erschien am Stand und versuchte Anhänger für die Mieterhöhung zu finden. Doch da hatte er wenig Erfolg! Der größte Teil der Passanten unterstützte die Forderung der Studenten nach Zurücknahme der Mieterhöhung. Eine Frau berichtete den Studenten, daß in ihrem Wohnblock kurz vor dem Bekanntwerden der Erhöhung im Wohnheim eine Mietsenkung von 15 DM gemacht worden sei. „Bis dahin hatten wir immer alle halbe Jahre eine Mieterhöhung. Da steckt doch was dahinter! Die wollen verhindern, daß wir uns mit Euch solidarisieren!"

Diese und andere sehr positiven Reaktionen haben den Studenten großen Mut gemacht, ihren Kampf energisch weiterzuführen und sie haben ihnen gezeigt, daß die Bevölkerung sehr wohl Anteil nimmt an ihrem gerechten Kampf.

Rot Front: Ein Genosse aus Bielefeld

SPD-Fähnchen zerrissen

Liebe Genossen,
am 14.2. trat der Spielmannszug der KPD/ML in Osdorfer Born, einem Neubaugebiet in Hamburg, auf. Bei strahlendem Sonnenschein spielten wir erst im Einkaufszentrum und zogen anschließend durch die Straßen. Sofort waren wir von einem großen Schwarm von Kindern umringt, die begeistert mit uns zogen.

Zu unserem Mißfallen hatten die meisten von ihnen jedoch Papierfähnchen mit dem Aufdruck „SPD" von einem SPD-Propagandastand. So konnte der Eindruck entstehen, wir wären ein Spielmannszug der SPD. Eine Genossin ging zu den Kindern hin und erklärte ihnen, daß die SPD eine Partei der Reichen ist, während die KPD/ML ja für die Arbeiter ist. Die Kinder stimmten zu, daß es nicht gut ist, für eine Partei der Reichen Reklame zu machen. Spontan sagte ein kleines Mädchen: „Wir sind auch für die Arbeitsmänner", und riß ihre Fahne entzwei. Sofort folgten die anderen Kinder ihrem Beispiel und zerrissen ihre Fähnchen ebenfalls. Nach ungefähr zwei Minuten war keine SPD-Fahne mehr zu sehen. Um so mehr bewunderten die Kinder nun unsere rote Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr und jeder wollte sie am liebsten mal tragen. Wir haben daraufhin beschlossen, bis zu unserem nächsten Einsatz kleine Papierfahnen mit dem Emblem der Partei zu beschaffen und diese an die Kinder zu verteilen. Zusammen mit Steckaktionen, die wir vor oder nach solchen Einsätzen machen, wird das sicher dazu beitragen, die Partei verstärkt unter den Massen bekannt zu machen.

Rot Front, Spielmannszug Hamburg

Albanien - ein Volk regiert

Lenin hat einmal gesagt, daß in einem sozialistischen Staat jede Köchin in die Lage versetzt werden muß, den Staat regieren zu können. Für eine Köchin in der Bundesrepublik — und nicht nur für sie — unvorstellbar. Denn für die Werktätigen bei uns steht die Demokratie nur auf dem Papier. Unter den sogenannten „Volksvertretern" im Bundestag kann man die Arbeiter an den Fingern einer Hand abzählen. Zwischen dem kapitalistischen Staat, seinen Ämtern, seiner Justiz, seiner Polizei und dem Volk gibt es nichts Gemeinsames. Der bürgerliche Staat ist ein Instrument der Diktatur der Bourgeoisie.

Trotzdem aber ist tatsächliche Demokratie für die Werktätigen keine Utopie. In Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa, ist sie Wirklichkeit. Indem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und unter Führung der kommunistischen Partei die Diktatur des Proletariats errichtete, schuf sie auch die Voraussetzungen für die Entfaltung einer breiten Demokratie. Die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie sind sozusagen zwei Seiten einer Medaille. Genosse Enver Hoxha sagte: ***„Ohne eine sozialistische Demokratie gibt es keine Diktatur des Proletariats, wie es auch keine wahre Demokratie für die Werktätigen ohne die Diktatur des Proletariats geben kann."***

Wie sieht die sozialistische Demokratie aus?

Sie äußert sich einmal in der direkten Beteiligung weiter Kreise der Werktätigen beim Regieren des Landes. Dieses Regieren des Landes umfaßt die Lenkung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens. Im Bezirk Elbasan in Albanien sind allein in den gewählten Organen der Volksmacht und in den Planungsgruppen von Wirtschaft und Landwirtschaft etwa 28000 Werktätige vertreten, davon 22000 Arbeiter und Genossenschaftsbauern. Das bedeutet, daß jeder sechste Einwohner unmittelbar am Regieren des Landes beteiligt ist.

Dabei ist es für die Diktatur des Proletariats von entscheidender Bedeutung, daß bei dieser Teilnahme des Volkes an der Leitung von Staat und Wirtschaft die Arbeiterklasse die führende Rolle innehat. Die Arbeiterklasse verwirklicht ihre führende Rolle in erster Linie über die Partei der Arbeiterklasse, die Partei der Arbeit Albaniens, und die Erziehung des Volkes im Geiste des Marxismus-Leninismus. Die führende Rolle der Arbeiterklasse muß sich aber auch quantitativ in den Leitungsorganen von Partei, Staat und Wirtschaft ausdrücken. In Elbasan sieht das so aus, daß die Arbeiter im Plenum des Bezirksparteikomitees 70% der Mitglieder ausmachen. In den Parteibüros der Betriebe und landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen die Arbeiter und Genossenschaftsbauern 75% der Teilnehmer. In den Volksräten der Dörfer, Stadtviertel usw. machen die Arbeiter oder Genossenschaftsbauern 86% aus.

Aber die Beteiligung an der Lenkung des Staates erschöpft sich nicht in dieser aktiven Ausübung der Regierungsgewalt. Ein wirklich sozialistischer Staat ist ständig bestrebt, seine Verbindungen zum Volk möglichst eng zu gestalten. Er ist auf die ständige Unterstützung des Volkes, seine Vorschläge und seine Kritik angewiesen. Ein wichtiges Instrument dabei ist die Arbeiterkontrolle. Sie ist ein wichtiges, objektiv notwendiges Mittel, um Erscheinungen der Gleichgültigkeit, der Teilnahmslosigkeit, Erscheinungen des Bürokratismus und Liberalismus unter den Angestellten und Funktionären des Staates zu bekämpfen. Deshalb wird in Albanien niemand in eine wichtige Position gewählt, ohne daß nicht vorher die Massen um ihre Meinung über ihn befragt werden. Alle Leitungsorgane sind zur Rechenschaftslegung gegenüber ihren Mitgliedern verpflichtet; die Werktätigen haben das Recht, Funktionäre auch während ihrer „Amtsperiode" abzuwählen, haben sie sich des Vertrauens der Wähler nicht würdig erwiesen.

Aber auch damit ist die Macht des Volkes in Albanien noch nicht erschöpft. Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Einwirkung der Massen auf die Lenkung des Staates sind die Volksaussprachen. Gegenwärtig findet in Albanien eine solche Volksaussprache über den Entwurf einer Verfassung für die Sozialistische Volksrepublik Albanien statt. Hier hat jeder das Recht und die Pflicht, seine Meinung zu äußern und an der bestmöglichen Lösung dieser wichtigen Aufgabe mitzuarbeiten. Ähnliche Aussprachen finden auch regelmäßig bei der Erstellung der 5-Jahres-Pläne statt; eine ähnliche Volksaussprache fand vor einiger Zeit zur weiteren Revolutionierung des albanischen Schulwesen statt, bei der die Massen Hunderte von Vorschlägen machten, die entscheidend dazu beitrugen, daß sich das albanische Schulwesen weiter verbesserte.

Diesen abgrundtiefen Unterschied zwischen der sogenannten „Demokratie" in der Bundesrepublik und der sozialistischen Demokratie in Albanien meint Genosse Enver Hoxha, wenn er sagt: ***„Unsere Partei hat die sozialistische Demokratie niemals als platte Gefühlsduselei, als einen überflüssigen Schmuck oder als ein formales Recht des werktätigen Volkes betrachtet, im Gegenteil, sie betrachtet sie als eine notwendige und entscheidende Bedingung für die Existenz der Diktatur des Proletariats, um sie ständig zu erhalten und zu festigen."***

Norman Bethune in China

Dr. Bethune ist von Kanada nach China gekommen, um als Arzt beim Kampf derder Volksmassen zu helfen. Er scheut keine Opfer. Seine Devise ist: „Wir müssen an die Front zu den Verwundeten". Gerade hat Dr. Bethune den Kompanieführer Hsü gesundgepflegt und schon warten neue Aufgaben auf ihn...

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)


Ende April hörte Genosse Bethune, daß sich Dutzende von Verwundeten der Achten Route-Armee in dem Dorf Sigungtsun versteckt hielten, das sich in der Nähe der Blockadelinie der Feinde befand. Er wollte unbedingt dorthin und die Verwundeten behandeln. Die Leitung war damit nicht einverstanden, weil die Feinde dort in der Nähe waren. Aber er ließ sich von seinem Entschluß nicht abbringen. So beschloß die Leitung, daß sich der Sanitätstrupp in der Nacht unter Truppendeckung auf den Weg machte.


Der Sanitätstrupp erreichte das Dorf Sigungtsun. Genosse Bethune war den ganzen Tag sehr beschäftigt, aber seine Arbeit war noch nicht beendet. In der Nacht zog man die Kleidung nicht aus und sattelte die Pferde nicht ab, um sich schneller bei einem feindlichen Überfall umquartieren zu können.


Beim Morgengrauen begegnete ein alter Bauer den Feinden westlich des Dorfes. Die Feinde fragten ihn: „Wo befindet sich das Dorf Sigungtsun?" Der Alte zeigte schlauerweise nach Nordwesten und sagte „Dort drüben!" Nachdem die Feinde irregeführt waren, lief der Alte schnell ins Dorf zurück, um es dem Sanitätstrupp zu melden.


Wenige Minuten später verließ der Sanitätstrupp das Dorf, und die Verwundeten wurden von den Massen in Sicherheit gebracht. Genosse Bethune sagte gerührt: „Die Achte Route-Armee ist wie ein Fisch im Meer des Volkes. Solch eine Armee ist unbesiegbar!"


Genosse Bethune arbeitete vier Monate lang angestrengt auf der Zentralebene von Hopeh. Das machte einen tiefen Eindruck auf die Soldaten und die Einwohner des Gebietes. Als der Parteitag der KPCh im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh stattfand, wurde er vom Parteikomitee des Grenzgebiets eingeladen, diesem Parteitag beizuwohnen. So machte er sich freudig auf den Weg nach Westhopeh.


Eines Abends kam der Sanitätstrupp in ein Dorf, das in der Nähe des vom Feind besetzten Gebiets Tjingfengdiän lag, und bereitete sich vor, in der Nacht über die Blockadelinie der Feinde zu schreiten. Unterwegs traf Genosse Bethune einen alten Bauern mit vereiterter Brust. Er beschloß: „Vormarsch stop! Gleich operieren!"


Durch die Unterstützung der Massen konnte der Sanitätstrupp die Blockadelinie wohlbehalten überschreiten.


Am 1. Juli nahm Genosse Bethune an dem Parteitag des Grenzgebiets teil. Er sagte: „Euer Krieg ist gerecht. Ihr seid nicht isoliert. Die Völker der Welt unterstützen Euch!"

(Wird fortgesetzt)

In den letzten fünf Jahren ging es mit der Sowjetunion ständig bergab

Die Pekinger „Volkszeitung" brachte vor kurzem einen Artikel im Zusammenhang mit dem 25. Parteitag der revisionistischen KPdSU, aus dem wir im folgenden Auszüge abdrucken.

„5 Jahre sind seit dem 24. Parteitag der sowjetischen revisionistischen Partei im Jahre 1971 vergangen. Um Stimmung für den bevorstehenden 25. Parteitag zu machen, hat die sowjetische revisionistische Renegatenclique in den Monaten davor mit den angeblichen ‚Errungenschaften' seit dem letzten Parteitag geprahlt. Aber was wurde tatsächlich in diesen letzten 5 Jahren erreicht?

Bankrott des 9. 5-Jahr-Plans

Diese 5 Jahre bezeugen in Wirklichkeit: Der 9. 5-Jahr-Plan, den der 24. Parteitag beschloß, ist gescheitert. Die grundlegenden Planziele für die Volkswirtschaft wurden nicht verwirklicht. Das Nationaleinkommen erreicht lediglich das im 5-Jahr-Plan für 1974 festgelegte Ziel. Das heißt, es wurden 5 Jahre gebraucht, um die für 4 Jahre festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Die Produktion von Konsumgütern war erbärmlich niedrig. Nur 89% des vorgesehenen Gesamtwertes an Konsumgütern wurden hergestellt. Es herrscht ein ernsthafter Mangel an wichtigen Konsumgütern auf dem Markt. Mit der Landwirtschaft ging es bergab. Der durchschnittliche Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion lag während der letzten 5 Jahre weit unter dem Planziel. Bei der Getreideproduktion war es noch schlimmer. Es gab in vier von fünf Jahren Mißernten. Die durchschnittliche jährliche Produktion erreichte nur 91% des gesetzten Ziels. Der Umfang der Getreideimporte lag während des 9. 5-Jahr-Plans fünfmal höher als während des 8. 5-Jahr-Plans.

Der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt ständig. Für ein Viertel der Bevölkerung ist heute, wie die sowjetische Presse enthüllte, ‚gerade das Existenzminimum garantiert". Die Einzelhandelspreise für Grundnahrungsmittel sind unaufhörlich gestiegen, während sich Abgaben und Steuern vervielfacht haben. Das Land ist hoch verschuldet. Nach unvollständigen Statistiken haben die sowjetischen Revisionisten, seit Breschnew an die Macht kam, über 20000 Mio. Dollar von westlichen Ländern geliehen, davon über 80% während des 9. 5-Jahr-Plans. Diese Tatsachen zeigen hinreichend das Ausmaß der Lage.

Dabei muß man sehen, daß es trotz alledem in der Sowjetunion einige Bereiche gibt, die „sehr hoch" entwickelt sind: Die Rüstungsindustrie und bestimmte Bereiche der Schwerindustrie sind ungewöhnlich schnell angewachsen. Rund 60% der sowjetischen Betriebe mit 3,5 Millionen Beschäftigten produzieren direkt oder indirekt für die Rüstung. In der Periode des 9. 5-Jahr-Plans nahm die Produktion der Maschinenbauindustrie, die Produktion von automatischen Steueranlagen und von Komputern um 70 bzw. 80 und 300% zu. In westlichen Ländern wird geschätzt, daß die Sowjetunion seit 1973 mehr für militärische Forschung ausgibt als die Vereinigten Staaten.

Diese fieberhafte Aufrüstung der sowjetischen Revisionisten im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen ist nur möglich auf Kosten des Lebensstandards der Werktätigen, auf Kosten der Landwirtschaft und der Leichtindustrie. Das hat zu einer einseitigen Entwicklung der Volkswirtschaft geführt. Ihre Merkmale sind: einerseits eine starke Industrie und andererseits eine extrem schwache Landwirtschaft; einerseits eine kontinuierliche Expansion der Schwerindustrie, besonders der Maschinenbauindustrie, andererseits geringe Produktion bei der Leichtindustrie; einerseits eine rapide Entwicklung der militärischen Technologie und Industrie, andererseits ein bedeutender technologischer Rückstand in zahlreichen Bereichen der Zivilindustrie; einerseits eine große Anzahl von nuklearen Waffen, andererseits ein niedriger Lebensstandard der Bevölkerung; einerseits verstärkte Investitionen in Grundlagenbetrieben der Rüstung, andererseits eine ständig abnehmende Effiziens dieser Investitionen.

Diese Tatsachen beweisen hinreichend, daß die letzten 5 Jahre eine Zeit des Bankrotts des 9. 5-Jahr-Plans waren, eine Zeit des Bankrotts der ‚Wohlstands' -Parolen, eine Zeit der wachsenden Militarisierung der Volkswirtschaft und wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten.

Verschärfung der faschistischen Diktatur

In dem Maße, in dem die Isolation der revisionistischen Renegatenclique wuchs und ihre Position sich schwächte, wurde die faschistische Diktatur verschärft. Die bewaffneten Kräfte der sowjetischen Renegatenclique zur Unterdrückung im Innern und zur Aggression nach Außen sind von über 3 Millionen auf 4,2 Millionen angewachsen. Der KGB und das Innenministerium wurden mit größerer Macht ausgestattet. Die Geheimagenten sind mit der modernsten Spionageausrüstung ausgestattet. Die ‚Irrenanstalten' wurden immer mehr zur politischen Unterdrückung eingesetzt. Außerdem haben die sowjetischen Revisionisten in den letzten Jahren ihre Hilfsmittel zur Festigung ihrer faschistischen Diktatur ausgeweitet und neue geschaffen. Sie beschlossen Dekrete, die jede nicht ausdrücklich erlaubte Versammlung verbieten, die den Gebrauch des Telephons einschränken. Sie beschlossen ergänzende Regelungen zur schwereren Bestrafung für illegalen Waffenbesitz und setzten wiederholt Truppen und die Polizei ein, um die Massen des Volkes blutig zu unterdrücken.

Wachsende Kämpfe der Massen

Aber dieser faschistische Terror hat das Volk nicht eingeschüchtert. In den letzten Jahren ist die Unzufriedenheit und der Widerstand der sowjetischen Völker gewachsen. Es wird berichtet, daß immer neue Untergrundorganisationen und Zeitungen auftauchen. In Kiew, Rostow, Lvow, Dniepropetrovsk, Dnieprozerjinsk, Witesbsk und in anderen Städten streikten und demonstrierten die Arbeiter. Kampfformen wie Bummelstreiks sind in Stadt und Land verbreitet.

Die Verschärfung der nationalen Widersprüche ist ein anderes ernsthaftes Problem für die sowjetischen Revisionisten. In den letzten 5 Jahren kam es von Transkaukasien bis Zentralasien, von der Ostseeküste bis zum Schwarzen Meer zu immer neuen mächtigen Kämpfen gegen den großrussischen Chauvinismus, gegen nationale Unterdrückung und die Zerstörung der nichtrussischen Nationalcharaktere. Der beste Beweis für die Breite dieser Kämpfe ist die Tatsache, daß die Breschnew-Renegatenclique eine Säuberungsaktion nach der anderen in diesen Unionsrepubliken durchführte. Gegenwärtig werden überall in diesen Unionsrepubliken die unzufriedenen Stimmen laut, und die Widerstandskämpfe nehmen zu.

In allen Bereichen haben sich in den letzten 5 Jahren die sozialen Probleme verschärft: Spekulationen, persönliche Bereicherung, Kriminalität, Prostitution, Alkoholismus, Rauschgiftsucht, religiöser Aberglaube und Jugendkriminalität gehören zum täglichen Leben.

Breschnews Thron wankt

Die Klassenwidersprüche und die nationalen Widersprüche spiegeln sich in der Oberschicht der herrschenden Klasse wider. Ihre internen Streitigkeiten wachsen, und als Folge davon wankt die Position der herrschenden Clique. Vier Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der revisionistischen Partei wurden ausgeschlossen. Zwei weitere in den letzten 5 Jahren zurückversetzt. Breschnew selbst, geschüttelt von verschiedenen politischen ‚Krankheiten', befindet sich in einer mißlichen Lage. Um seine Position zu stärken, greift er manchmal zu geradezu lächerlichen Tricks: So ließ er sich beim Austausch der Parteibücher 1973 das Buch mit der Nummer 2 geben, die Nummer 1 blieb für Lenin reserviert. Um dieses Ereignis wurde viel Wind gemacht, und Breschnew spielte sich schamlos als ‚Lenin der Zweite" auf. Anläßlich des 30. Jahrestags des Sieges über den Hitlerfaschismus ernannte sich Breschnew plötzlich zum ‚höheren General', obwohl er seit den Anfängen des vaterländischen Krieges nie mehr als ein Oberst gewesen war.

Diese Tatsachen zeigen klar: Die letzten 5 Jahre waren eine Periode der Verschärfung der faschistischen Diktatur und gleichzeitig eine Periode der wachsenden Isolation der Breschnew-Renegatenclique und des unbezwingbaren Kampfes der sowjetischen Werktätigen aller Nationalitäten für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

Expansion, Aggression und Weltmachtstreben

Auf dem 24. Parteitag trat Breschnew mit seinem berüchtigten „Friedens-Programm' an die Öffentlichkeit. Seitdem haben die sowjetischen Revisionisten alle ihre Aggressionsakte mit diesem ‚Programm' gerechtfertigt. In Wirklichkeit jedoch beweisen alle ihre Handlungen auf internationalem Gebiet in den letzten 5 Jahren, daß ihr Ziel nicht die Entspannung, die ‚Errichtung eines dauerhaften Friedens' ist, sondern das genaue Gegenteil. Unter dem Deckmantel der ‚Entspannung' wird die Rivalität um die Hegemonie auf der Welt verschärft. Das Ziel der sowjetischen Revisionisten ist nicht der ‚Kampf gegen die Drohung eines neuen Weltkrieges', sie schüren ganz im Gegenteil die Gefahr dieses neuen Krieges. Ihr Ziel ist nicht die ‚Unterstützung' der nationalen Befreiungsbewegungen, sondern sie betreiben ganz im Gegenteil eine zügellose Infiltration, Intervention, Subversion und Sabotage, in der Hoffnung, die Völker kontrollieren und versklaven zu können.

Die Verbrechen und Schandtaten der sowjetischen Revisionisten sind zu zahlreich, als daß man sie hier alle aufführen könnte. Die erbitterte Rivalität gegen die andere Supermacht hat sie in alle Ecken der Welt getrieben. Die Expansion und Infiltration des sowjetischen Sozialimperialismus ist die Quelle der Unruhe in Europa, im Mittleren Osten, in Südasien, in Afrika und anderen Gebieten.

Nach jahrelangen Anstrengungen wurde die ‚Europäische Sicherheitskonferenz' abgehalten, die in Wirklichkeit eine ‚Europäische Unsicherheitskonferenz' war. Während die sowjetischen Revisionisten lauthals über die ‚Festigung der Entspannung' und die ‚Unumkehrbarkeit der Entspannung' tönten, wobei sie behaupteten, sie wollten die ‚politische Entspannung durch die militärische Entspannung vervollständigen' usw., verstärkten sie gleichzeitig ihre Truppen in Osteuropa, erneuerten sie ihre Waffen und ihre Ausrüstung, schufen Unruhe in Südeuropa und auf dem Balkan, drangen in Portugal und andere Länder ein und verstärkten ihre militärische Präsenz in Nordeuropa. So schufen sie auf dem ganzen Kontinent eine gespannte und komplizierte Situation.

Sie gaben Lippenbekenntnisse über die Abrüstung ab und erhöhten gleichzeitig ihre atomaren und konventionellen Waffen und erhöhten die Zahl ihrer Truppen und ihre Militärausgaben. Sie nehmen dabei jetzt die erste Stelle in der Welt ein und haben die Vereinigten Staaten überholt. Sie führten Militärmanöver im Weltmaßstab durch; ihre gigantischen Kriegsflotten kreuzen auf allen Meeren. Sie benutzen die ‚Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit', um Militärbasen an sich zu reißen und intensivierten die Ausplünderung und Kontrolle über die ‚militärische und wirtschaftliche Hilfe'. Sie benutzen die revisionistischen Parteien als 5. Kolonne. Sie haben Indien offen bei der Zerstückelung eines souveränen Landes unterstützt. Sie fahren fort, die vier nördlichen japanischen Inseln zu besetzen und zögern nicht, dabei mit Erpressungen und Drohungen vorzugehen.

Gegenwärtig setzen sie ihre zügellose Intervention in Angola unter den wachsamen Augen der Völker der Welt fort. Die Ereignisse in Angola zeigen völlig offen die Gangstervisage der Sozialimperialisten und geben eine ausgezeichnete Erläuterung über den tatsächlichen Wert des Moskauer ‚Friedensprogramms'. Kurz gesagt, zeigt diese machtlüsterne Supermacht in ihrer Rivalität mit dem US-Imperialismus um die Hegemonie ihren offensiven und drohenden Charakter immer offener und liefert so selbst den Beweis, daß sie der gefährlichste Herd eines neuen Weltkrieges geworden ist.

Friedens- und Entspannungslügen wurden durchschaut

Aber Wahnsinn ist kein Beweis von Stärke. Je mehr die sowjetischen Revisionisten ihre Klauen nach fremden Ländern ausstrecken, desto mehr Stricke schlingen sich um ihren Hals. Eine wachsende Zahl von Menschen erkennt ihren wahren expansionistischen und hegemonistischen Charakter. Zahlreiche Tatsachen in den letzten 5 Jahren haben den Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus hinreichend enthüllt. Er bekam von allen Seiten Schläge, brachte sich zunehmend in Schwierigkeiten und geriet immer mehr in Panik.

Die Entspannungsillusionen, die der sowjetische Sozialimperialismus geschürt hat, um seine Rivalität mit dem USA-Imperialismus zu vertuschen, zerstoben eine nach der anderen. Bei den sogenannten SALT-Gesprächen verfolgen beide, die Sowjetunion und die USA, ihre eigenen Ziele, bekämpfen sich manchmal offen, manchmal versteckt und keiner läßt den anderen einen Vorteil erringen. Das sowjetisch-amerikanische Handelsabkommen, das als ‚fruchtbarer Beitrag' zur Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten bezeichnet wurde, wurde für null und nichtig erklärt. Die Konferenz der europäischen Parteien, die die sowjetischen Revisionisten einberufen wollten und für die sie Vorbereitungen getroffen haben, ist bis heute nicht zustandegekommen.

Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der sowjetischen Revisionisten und des Chaos im Innern, verliert ihre Kommandogewalt an Durchschlagskraft. Allein seit 1971 wurden 105 sowjetische Spione aus Britannien hinausgeworfen. Seitdem wurden unaufhörlich weitere sowjetische Spione und Geheimagenten in der ganzen Welt enttarnt. Zehntausende von sowjetischen Beratern und Militärs, die in der vergeblichen Hoffnung nach Ägypten gekommen waren, das Land zu kontrollieren, wurden gezwungen, zu gehen. Seit dem Oktoberkrieg wurde auch der Verrat der sowjetischen Revisionisten am Befreiungskampf der arabischen Völker und des palästinensichen Volkes jeden Tag aufs Neue deutlich. Der große Sieg des kambodschanischen Volkes hat die Schändlichkeit der sowjetischen Revisionisten, dieser konterrevolutionären Doppelzüngler, offenbart, die die ganze Zeit mit der Lon-Nol-Clique freundschaftliche Beziehungen unterhielten. Es gibt nur sehr wenige positive Stimmen zum ‚Asiatischen Sicherheitssystem', mit dem sie Asien beherrschen wollen. Die Tatsache, daß die sowjetischen Revisionisten die Versorgung vieler Länder Osteuropas mit Rohstoffen und Energie eingeschränkt und die Preise dafür erhöht haben, während sie gleichzeitig noch mehr Geld und Menschen aus diesen Ländern fortholten, hat neue Unzufriedenheit hervorgerufen. All das schafft Probleme, die die Breschnew-Renegatenclique nicht lösen kann und die ihre inneren Konflikte verschärfen.

Wie man sieht, haben die sowjetischen Revisionisten in den letzten 5 Jahren ihre Aggression und Expansion verstärkt und ihren Kampf um die Hegemonie auf der Welt verschärft. Ihr ‚Friedensprogramm' wurde Tag für Tag entlarvt, und die sowjetischen Revisionisten haben sich in der ganzen Welt noch mehr isoliert.

In den 5 Jahren seit dem 24. Parteitag haben die sowjetischen Revisionisten in Theorie und Praxis, im Innern und nach Außen gezeigt, daß sie äußerlich stark sind, aber innerlich schwach, daß es mit ihnen — wie für den Imperialismus unvermeidlich — abwärts geht. ‚Da stehst du machtlos da, die Blüten fallen nieder', das kennzeichnet anschaulich die sowjetischen Revisionisten. Die Sowjetunion ist wie alle Imperialisten und Reaktionäre ein Papiertiger.

Die Geschichte wird beweisen, daß die sowjetische Renegatenclique in den kommenden 5 Jahren sich noch mehr und noch tiefer in eine unüberwindliche politische und wirtschaftliche Krise verstricken wird. Die Völker der Welt, mit der Dritten Welt als Hauptkraft, eingeschlossen die Völker der Sowjetunion, werden vorwärtsstürmen und das Banner des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus noch höher halten."

(Zwischenüberschriften und Hervorhebungen von uns — RM)

Aus aller Welt

BAHREIN

In den letzten Tagen veröffentlichte der Emir von Bahrein, Isa Ibnel Chalifa, ein Dekret über die Bildung einer nationalen Erdölgesellschaft. Diese Maßnahme festigt die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes. Nach dem Dekret wird die nationale Erdölgesellschaft von Bahrein ein Anfangskapital von 100 Mio. Dinar haben. Die Aufgaben der neuen Gesellschaft werden die Schürfung, Förderung, Raffinierung, der Transport sowie der Handel mit Erdöl und dem bei seiner Raffinierung anfallenden Derivaten sein.

JAPAN

Am 29. Februar wurde Japan von einer Woge von Demonstrationen und Kundgebungen erfaßt. In Tokio fand eine Demonstration und eine Kundgebung statt, mit insgesamt 28000 Teilnehmern. Die Demonstranten protestierten nachdrücklich gegen die zügellose Inflation im Land und den ständigen wirtschaftlichen Rückgang, der auf den breiten werktätigen Massen lastet. Protestdemonstrationen und Kundgebungen, an denen mehr als 400000 Arbeiter und Vertreter anderer Schichten der Bevölkerung teilnahmen, fanden am 29. Februar in ganz Japan statt.

VR CHINA

Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, daß Wang Hung-Wen, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Chang Chung-chiao, Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, und Chi Teng-Kuei, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten, Edward Hill, und den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Albert Bull, die sich zu einem Besuch in der Volksrepublik China aufhalten, empfingen und mit ihnen ein sehr herzliches und freundschaftliches Gespräch führten.

KANADA

Etwa 100000 Werktätige des öffentlichen Dienstes der Provinz Quebec traten in den Ausstand und forderten neue Arbeitsverträge. Mit ihnen solidarisierten sich auch 60000 Lehrer und 45000 Werktätige des Gesundheitswesens. Die Streikenden forderten auch Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Nachrichtenagenturen berichteten, daß diese Streik zu den machtvollsten gehört, die die kanadischen Werktätigen in letzter Zeit ausgerufen haben.

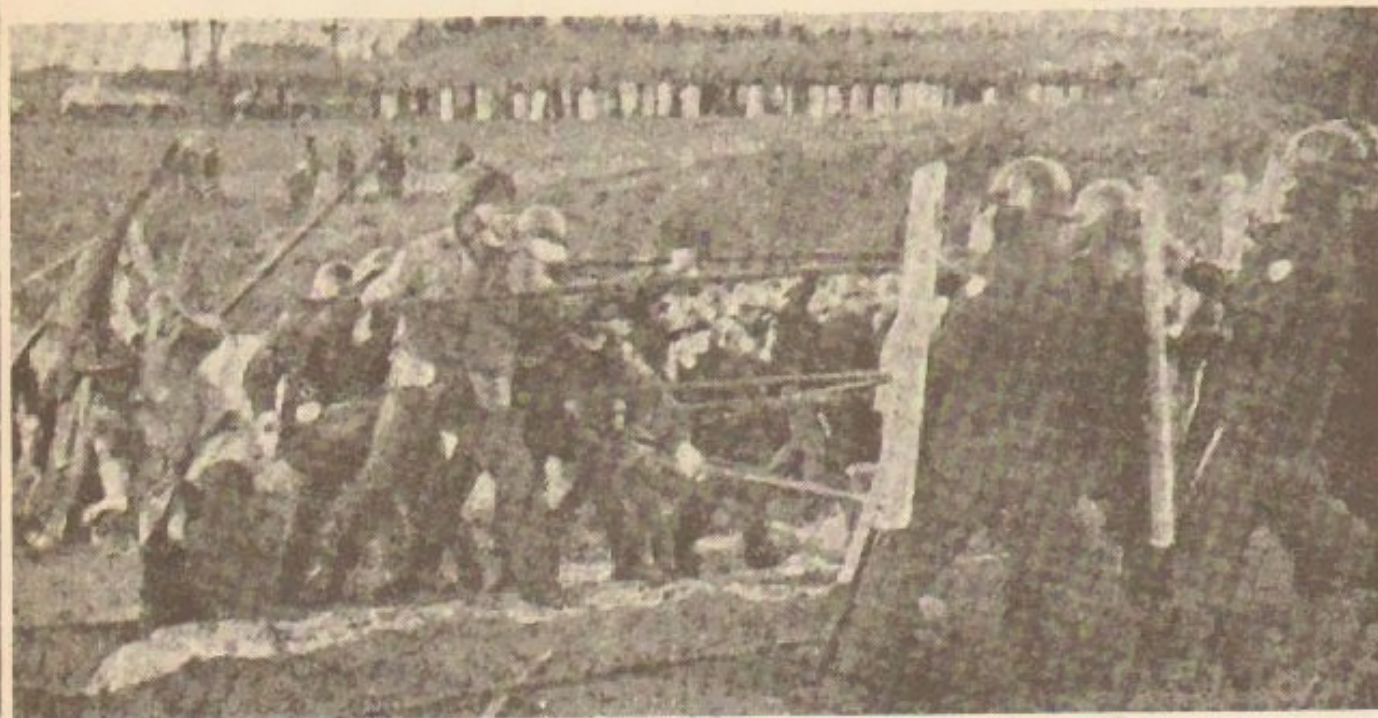
USA

US-Außenminister Kissinger hat eine offizielle Rundreise durch fünf Länder in Lateinamerika, durch Venezuela, Peru, Brasilien, Kolumbien und Costa Rica, beendet. Ziel dieser Rundreise des Chefs der amerikanischen Diplomatie war es, wie die Regierungsvertreter Washingtons erklärten, mit offiziellen Vertretern dieser Länder über die amerikanischen Interessen auf dem Subkontinent zu sprechen. Bereits in seinem ersten Aufenthaltsort, in Caracas, betonte Kissinger auf einer Pressekonferenz, die USA wünschten, „korrekte Beziehungen" zu den lateinamerikanischen Ländern herzustellen. Von welchen Beziehungen aber die Rede ist, kann man sich vorstellen. Der US-Imperialismus ist daran interessiert, die Profite seiner Monopole in Lateinamerika ungeschmälert zu erhalten und auch künftig die großen Reichtümer dieser Länder zu plündern. Unter den Bedingungen, das mehrere Länder Maßnahmen zur Verstärkung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit getroffen haben, wie die Verstaatlichung der ausländischen Gesellschaften und die Einführung gerechter Preise für ihre Rohstoffe, sucht Washington nach neuen Wegen, um seine alten Privilegien aufrechtzuerhalten. Das sind die Interessen der US-Monopole, die Kissinger zwangen, sich auf die Reise in diese fünf lateinamerikanischen Länder zu machen. Die lateinamerikanischen Völker, die die räuberischen Absichten des US-Imperialismus gut kennen, blickten mit Mißtrauen auf diesen Besuch. So veranstalteten gleich nach der Ankunft Kissingers in Caracas Tausende Venezolaner Kundgebungen unter der Losung: Yankee go home!

VR ALBANIEN

Vor kurzem erschien der 20. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha, der Dokumente aus der Zeit Januar-April 1961 enthält. Dieser Band umfaßt auch Materialien des 4. historischen Parteitags der Partei der Arbeit Albaniens, der vor 15 Jahren, am 14. Februar 1961, begann. Die Mehrzahl der anderen Materialien, die im direkten Zusammenhang mit den Materialien des 19. Bandes stehen, werden zum ersten Mal veröffentlicht.

Erbitterter Kampf gegen Flughafen Narita



In den letzten Februartagen kam es in Narita, nordöstlich der japanischen Hauptstadt, zwischen Polizeitruppen und der Bevölkerung, die gegen den Bau des neuen Großflughafens von Tokio kämpft, zu schweren Auseinandersetzungen. Etwa 1000 Bereitschaftspolizisten wurden gegen die militant kämpfende Bevölkerung, vor allem Bauern und Studenten, eingesetzt. Die Bevölkerung hatte auf der Rollbahn zwei 60 Meter hohe Stahltürme errichtet, die bisher jeden Anflug und Start verhinderten. Vor den Stahltürmen waren vier Meter hohe Barrikaden errichtet worden. Obwohl die Bauern und Studenten mutig kämpften, gelang es den zahlenmäßig überlegenen Polizeitruppen vorerst, die Barrikaden zu räumen.

Von Anfang an hat die Bevölkerung von Narita und den umliegenden Gemeinden entschlossen gegen die Errichtung des Großflughafens, der für die japanischen Imperialisten auch große militärische Bedeutung besitzt, gekämpft.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO
22 DE JANEIRO DE 1976 ANO I SEMANÁRIO

Portugal

HALKIN SESİ 42

Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen könnten über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

Militante Kämpfe in Vitoria - Polizei erschießt mehrere Arbeiter

"Demokratisierung" in Spanien - Täuschungsmanöver der Faschisten

Hunderttausende Arbeiter kämpfen in Spanien gegen die faschistische Unterdrückung und Ausbeutung. In der baskischen Provinzhauptstadt Vitoria kam es zu den bisher schwersten Kämpfen. Seit dem 10. Januar streiken dort die Arbeiter von 8 Fabriken, darunter auch die Mercedes-Volkswagen AG. Am Mittwoch letzter Woche schlossen sich dem Streik ca. 13500 Arbeiter an. Jetzt stehen die Arbeiter von über 70 Fabriken im Streik.

Sie kämpfen für Lohnerhöhungen, für politische Freiheit, für Amnestie und für die Wiedereinstellung von 22 entlassenen Arbeitern. Die Stadt Vitoria wurde von der Polizei aus den Nachbarprovinzen umzingelt und besetzt. Mit ungeheurer Brutalität ging die Polizei gegen die Arbeiter vor, Tränengasbomben wurden geworfen, Holzgeschosse abgefeuert und dann scharf geschossen, als die Arbeiter Polizeieinheiten eingekreist hatten. Über 3 Arbeiter, wahrscheinlich 6, sind von der Polizei erschossen worden. Die Arbeiter bauten in den Straßen Barrikaden, legten den Verkehr lahm und kämpften entschlossen weiter.

Während diese Kämpfe in Spanien toben, tritt der spanische Innenminister Manuel Fraga Iribarne, der oberste Chef der Polizei, der zur gleichen Zeit in Bonn weilte, hier in zynischer Weise als einer der Hauptverfechter der „Demokratisierung und Liberalisierung" Spaniens auf.

Die Zeitungen melden gleichzeitig in großem Umfang von angeblichen Demokratisierungsabsichten der spanischen Regierung, daß z. B. Wahlen geplant seien, daß Parteien zugelassen werden sollen, daß das Versammlungsgesetz liberalisiert werden soll usw. Befindet sich Spanien auf dem Weg zur „Demokratie"? Nein, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. In Spanien regiert nicht eine scheinbar liberale Regierung, sondern die alten erprobten Faschisten.

Ministerpräsident Arias Navarro, bekannter Schlächter der spanischen Völker, unter Franco war er bereits Ministerpräsident. Innenminister Iribarno, der sich als Verfechter der „Demokratisierung" aufspielt; er ist heute Chef der Polizei und war bereits unter Franco schon 1962 Minister für Information und Tourismus, 1969 Generaldirektor von Aquila-Bier, einem Konzern, der mit dem US-Konzern Pepsi-Cola verbunden ist, zuletzt war er Botschafter in London und arbeitete an der Zeitschrift „Vision" vom US-Geheimdienst mit. So ließe sich die Reihe der Regierungsmitglieder fortsetzen.

Betrachtet man nun die angeblichen Liberalisierungsmaßnahmen einmal genauer, so kommt auch hier der alte faschistische Kern zum Vorschein. Das Versammlungsgesetz, das jetzt als erstes wichtiges „Reformgesetz" herausgestellt wird, besagt, daß private Zusammenkünfte von mehr als 19 Personen nicht mehr anzeigepflichtig sind. Doch müssen neben allen politischen Versammlungen und Vorträgen, selbst Einweihungsfeiern und Essen zu Ehren von bestimmten Personen usw. 72 Stunden vorher angemeldet werden. Alle diese Veranstaltungen können natürlich verboten werden.

Die Marxisten-Leninisten, die KP Spaniens/ML und die Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front (FRAP) werden auch weiterhin aufs schärfste verfolgt und in der Illegalität gehalten.



Dieses Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten in Barcelona zeigt, was von der „Demokratisierung" in Spanien zu halten ist.

Die angebliche Demokratisierung ist nichts anderes, als eine neue Fassade zur Täuschung der Volksmassen, um dahinter den Franco-Faschismus und die Herrschaft des US-Imperialismus unter Juan Carlos fortzusetzen. Dieses Regime garantiert dem US-Imperialismus den Einfluß in Spanien, die Ausbeutung durch die Monopole, die Stationierung von Truppen und Militärbasen und bringt Spanien in starke Abhängigkeit vom US-Imperialismus. Deshalb schreibt die spanische Presseagentur „APEP" auch treffend zur neuen Regierung: **„Dieselben Hunde mit denselben Halsbändern".**

Mit diesen Faschisten arbeiten die westdeutschen Imperialisten zusammen. Genscher versprach Iribarne die „Demokratisierung" zu unterstützen und für eine Annäherung Spaniens an die EG einzutreten. Schon mit dem Regime unter Franco haben die westdeutschen Imperialisten zusammengearbeitet, denn in Spanien konnten sie Kapital anlegen und fette Geschäfte machen. Diese Vorteile will der westdeutsche Imperialismus nicht verlieren, deshalb tritt er auch für eine „Demokratisierung" ein, deshalb ist er dafür, daß z. B. bestimmte Parteien zugelassen werden usw. Die westdeutschen Imperialisten erhoffen sich, daß eine solche „Demokratisierung" die Kämpfe der Volksmassen eindämmt, daß ihre Geschäfte weiterlaufen.

Ein führender Genosse der KP Spaniens/ML nahm zur „Demokratisierung" in einem Interview mit Radio Tirana Stellung: „Unter diesen Bedingungen kann man sagen, daß sich in Spanien im wesentlichen nichts geändert hat. Unabhängig von der Demagogie der Regierung enthüllen die Tatsachen den faschistischen Charakter der Monarchie. Die Unterdrückungsmethoden, zu denen die Regierung greift, um die stürmische Bewegung der Massen niederzuhalten und zu bremsen, sind ihrem Wesen nach die gleichen, die die reaktionären Kasten seit vierzig Jahren benutzen."

Der Genosse der KP Spaniens/ML entlarvte auch besonders die modernen Revisionisten der Carillo-Clique, die als „Kommunistische" Partei Spaniens auftritt und die „Sozialistische" Partei, die beide Illusionen über die „Demokratisierung" zu verbreiten versuchen, um die Herrschaft des Faschismus und des US-Imperialismus in Spanien aufrechtzuerhalten.

Der Genosse betonte aber: Den zynischen Liberalisierungsmanövern der Regierung wird angesichts des schwungvollen Kampfes der Massen die Maske heruntergerissen... Das spanische Volk, das seit vierzig Jahren unter einer brutalen faschistischen Ausbeutung und Unterdrückung leidet, ist davon überzeugt, daß nur der revolutionäre Kampf diese Lage beenden kann. Für dieses Ziel hält die KP Spaniens/ML entschieden das Banner des Kampfes für eine föderative Volksrepublik hoch."

US-Aggression gegen Kambodscha

Fortsetzung von Seite 1

Am 29. Februar versammelten sich in Phnom Penh über 10000 Vertreter des kambodschanischen Volkes und der revolutionären Streitkräfte Kambodschas zu einer Kundgebung, auf der sie die amerikanischen Luftangriffe entschieden verurteilten. In einer auf der Kundgebung verabschiedeten Resolution bekundeten sie ihre Entschlossenheit, die Unabhängigkeit zu festigen, um jederzeit bereit zu sein, die von den US-Imperialisten und ihren Handlangern ausgeheckten aggressiven Komplotte zu durchkreuzen.

Bereits in der Nacht zum 15. Mai letzten Jahres hatten die amerikanischen Imperialisten einen brutalen Aggressionsakt gegen das Demokratische Kambodscha unternommen. Ihre Flugzeuge bombardierten den Hafen des Küstenortes Seam und zerstörten die in der Nähe gelegene Erdölraffinerie vollständig. 1000 amerikanische Marineinfanteristen griffen die kambodschanische Insel Koh Tang an. Als Vorwand für diesen Aggressionsakt diente den amerikanischen Imperialisten damals ihr Waffen- und Spionageschiff Mayaguez, das von der kambodschanischen Marine in kambodschanischen Hoheitsgewässern aufgebracht worden war. Jetzt leugnen die US-Imperialisten ihre Verantwortung für die Bombenangriffe auf die Stadt Siem Reap, obwohl ihre Kampfflugzeuge eindeutig identifiziert worden sind. Sie können aber weder das kambodschanische Volk, noch die Völker der Welt täuschen. Das kambodschanische Volk hat die US-Imperialisten und ihre Lakaien im langdauernden Volkskrieg vollständig besiegt und vertrieben. Aber die US-Imperialisten haben die Hoffnung, Kambodscha wieder in ihre Klauen zu bekommen, nicht aufgegeben. Ihre militärischen Aggressionen gegen das Demokratische Kambodscha haben das Ziel, den Aufbau des Demokratischen Kambodschas zu behindern, Chaos und Unordnung zu erzeugen, den revolutionären Mut des kambodschanischen Volkes zu brechen. Zweifellos wird das kambodschanische Volk diese Pläne des Pentagon zunichte machen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nieder mit dem Faschismus in Chile!

Seit mehr als zwei Jahren kämpft das chilenische Volk gegen den US-Imperialismus und seine Marionette, die faschistische Pinochet-Junta. Unter Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles schließen sich immer mehr Arbeiter, Bauern, Studenten, Frauen und Jugendliche in der Front des Volkes zusammen. Sie organisieren sich in Widerstandskomitees, die Flugblätter und kleine Zeitungen illegal veröffentlichen, sie organisieren verbotene Treffen, Versammlungen und Kundgebungen. In allen Volksschichten nimmt der Kampf ständig zu. In mehreren Fabriken stellten die Arbeiter Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen und leiteten Kampfmaßnahmen ein, die bis hin zum Streik gingen. Die Arbeitslosen hielten Protestversammlungen ab, die Bewohner der Armenviertel, vor allem in Santiago, wehrten sich geschlossen gegen Preissteigerungen von Strom und Gas und vertrieben die Kassierer der Elektrizitätswerke mit einem Steinhagel. Immer häufiger werden auf Mauern und öffentlichen Gebäuden über Nacht Parolen gemalt: Ein großes R in einem Kreis — das Zeichen für „Resistencia" — Widerstand.

Der faschistische Putsch in Chile im September 1973 hat gezeigt, daß der US-Imperialismus nichts von seiner Aggressivität und Gefährlichkeit verloren hat, daß er sich skrupellos in die Angelegenheiten anderer Völker einmischt, daß er plündert und mordet und umso wilder um sich schlägt, je mehr der Freiheitskampf der Völker der Welt anwächst. Was die US-Imperialisten jahrelang hartnäckig leugneten, mußten sie in letzter Zeit aufgrund des erdrückenden Beweismaterials nach und nach selbst zugeben: Daß sie es waren, die die rechtmäßig gewählte Regierung Allende planmäßig durch Sabotage, Erpressung und schließlich durch einen faschistischen Putsch stürzten.

Die US-Imperialisten, die überall in der Welt die Völker ausplündern und unterdrücken, hielten auch in Chile jahrzehntelang das Heft in der Hand. Die wichtigsten Industrien, wie z. B. die Kupferminen, lagen in der Hand der US-Monopole. Amerikanisches Kapital beherrschte die gesamte chilenische Wirtschaft, durch Verträge und Abkommen hatten sich die US-Imperialisten die Vorherrschaft gesichert, ohne daß sie direkt als Besatzermacht in Erscheinung traten. Gegen diese neokoloniale Ausbeutung führte das chilenische Volk seit Jahrzehnten einen erbitterten Kampf. Daß Präsident Allende, ein Antiimperialist, gewählt wurde, ist nur ein Zeichen dafür, daß das Volk die US-Herrschaft nicht mehr dulden wollte. Allende leitete verschiedene Maßnahmen ein zur Nationalisierung der großen Industrien, die gegen den US-Imperialismus gerichtet waren und im Interesse des Volkes standen. So wurden z. B. die Kupferminen verstaatlicht und so den Händen der US-Imperialisten entrissen. Von Anfang an jedoch setzten diese Blutsauger alles daran, den antiimperialistischen Kampf in Chile zu brechen. Als es dem CIA nicht gelang, die Wahl Allendes zu verhindern, obwohl er große Geld- und Waffenmengen nach Chile gepumpt hatte, um die Reaktion zu unterstützen, griffen der US-Geheimdienst und die großen amerikanischen Monopole wie ITT und Kennecot offen zum Mittel der Aggression. Schon im Juli 1973 versuchten sie einen Putsch, der aber scheiterte. Sie schafften Waffen nach Chile und nutzten alle reaktionären Kräfte, wie etwa den Streik der Fuhrunternehmer, für ihre Pläne. Im September putschte die Armee. Die faschistischen Generäle stürzten Allende und ermordeten ihn. Für das chilenische Volk begann eine Zeit der wilden, blutigen Unterdrückung.

Die Ausplünderung, die die US-Imperialisten nun wieder offen betreiben konnten — eine der ersten Maßnahmen der Junta war die Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe, d. h. ihre Rückgabe an den US-Imperialismus — stürzte das Volk in Hunger und Not. 23% der chilenischen Bevölkerung sind ohne Arbeit und Brot. Wer Arbeit hat, kann sich von den Hungerlöhnen nicht ernähren. Seit dem Putsch stiegen die Preise um das 32fache, der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters reicht oft nicht einmal, um das notwendige Brot für seine Familie zu beschaffen. 1/3 aller Kinder in Chile sind unterernährt und leiden an den Folgen des Hungers: Rachitis, Skorbut und andere Mangelkrankheiten sind zu Seuchen geworden. In Barackenlagern, die zu riesigen Slumgebieten anwuchsen, sind die Ärmsten zusammengepfercht. Ein Heer von Bettlern durchstreift die Straßen, Mütter suchen in Mülltonnen nach Nahrung für ihre Kinder.

Und um den Kampf gegen dieses Elend, der sich überall organisiert, im Keim zu ersticken, haben die Faschisten und ihre Geheimpolizei Dina ein blutiges Terrorregime errichtet. Sogar offizielle Statistiken sprechen davon, daß 60000 Chilenen seit dem Putsch eingekerkert wurden — bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Millionen! Revolutionäre werden auf offener Straße erschossen, Widerstandskämpfer verschwinden und niemand weiß, wohin sie verschleppt wurden, ob sie überhaupt noch leben. In der Nacht vom 10. zum 11. August zum Beispiel nahmen die Geheimpolizisten allein 70 Studenten und Lehrer der Universität in Santiago fest. Von 26 dieser Verhafteten hat niemand mehr etwas gehört. Über furchtbare Foltern berichteten chilenische Emigranten. Hunderte von Todesurteilen wurden von den faschistischen Militärgerichten verhängt.

Aber nicht nur die US-Imperialisten ziehen Vorteile aus dem Elend und der Knechtung des chilenischen Volkes. In ihrem Windschatten segelnd, profitieren auch andere imperialistische Mächte, vor allem der westdeutsche Imperialismus, an der faschistischen Unterdrückung Chiles. „Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. (...) Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente", jubelte zum Beispiel die Niederlassung des Hoechst-Konzern in Santiago nach dem Militärputsch. VW, Daimler-Benz, die Deutsche Bank scheffeln Millionen in Chile. Der Quandt-Konzern rüstet die Armee und die Polizei der Faschisten mit automatischen Handfeuerwaffen aus. Und während die Bundesregierung so tut, als liege ihr Chiles „Rückkehr zur Demokratie" am Herzen, tut sie in Wirklichkeit alles, um die Pinochet-Verbrecher zu stützen und schreckt nicht einmal davor zurück, in der Bundeswehr chilenische Offiziere auszubilden. Erinnern wir uns: 1973, als Tausende Regimegegner aus Chile flohen, gingen die westdeutschen Imperialisten mit Drohungen und Terror gegen diese Flüchtlinge vor, ließen sie bespitzeln und gewährten nur wenigen Asyl, um den Anschein der „Demokratie" zu wahren. Gleichzeitig aber unterstützen sie die Junta mit Krediten.

Moderne Revisionisten — Wegbereiter des Faschismus

Das Elend und die Unterdrückung in Chile haben überall Abscheu und Empörung hervorgerufen. In den Tagen nach dem Putsch versammelten sich Millionen zu spontanen Protestkundgebungen in aller Welt. Die Solidaritätsaktionen, die Spenden und Hilfsmaßnahmen der Werktätigen in aller Welt haben seither nie nachgelassen.

Aber ist es nicht auch so, daß die modernen Revisionisten, von denen wir Kommunisten sagen, sie seien Todfeinde der revolutionären Bewegung, Solidarität üben mit dem Volk Chiles? Sie prangern doch die Verbrechen der US-Imperialisten an, sie organisieren Massenkundgebungen, sie werden in Chile selbst verfolgt und ins Gefängnis geworfen.

Aber der Schein trügt. Die „Solidarität" der modernen Revisionisten ist Betrug. In Wahrheit haben sie selbst in Chile tatkräftig dazu beigetragen, daß der Faschismus vorübergehend siegen konnte und das Volk eine Niederlage erlitt.

Fragen wir doch nur einmal, warum es den Faschisten überhaupt gelingen konnte, ihre Diktatur zu errichten. Ist es denn ein unvermeidliches Schicksal, daß ein Volk, das sich gegen den US-Imperialismus erhebt, niedergeschlagen und geknechtet wird? Nein, das ist es nicht. Die Völker Indochinas haben erst vor kurzem bewiesen, daß es möglich ist, eine Supermacht zu schlagen, sie haben den US-Imperialismus aus ihren Ländern vertrieben. Und sie zeigten, daß der richtige Weg dazu der Weg des konsequenten, bewaffneten Kampfes auf der Grundlage einer korrekten politischen Linie ist, ein Weg, den auch die Revolutionäre Kommunistische Partei dem Volk Chiles weist.

Die modernen Revisionisten dagegen arbeiteten in Chile von Anfang an systematisch an der Entwaffnung und Irreführung der Volksmassen und zeigten so ihren wahren Charakter als Agenten des Imperialismus. Schon vor dem Putsch gab es in Chile überall revolutionäre Kämpfe gegen die ausländischen Ausbeuter und die einheimischen Reaktionäre. Große Streiks, Landbesetzungen durch die Bauern, die Forderung, das Volk zu bewaffnen — das alles zeigte, daß das chilenische Volk bereit war, den Weg des Kampfes zu gehen. **Die Verräter der „Kommunistischen" Partei Chiles dagegen hämmerten dem Volk ein, mit der Wahl Allendes sei der Sieg schon errungen und arbeiteten aktiv an der Niederschlagung der breiten Massenbewegung.** *„Nein, wir stehen nicht hinter diesen Landbesetzungen"*, erklärte Corvalan. Sie redeten dem Volk ein, der bürgerliche Staat in Chile sei ein Staat des ganzen Volkes, die reaktionäre Armee eine Volksarmee. *„Wir unsererseits sind nicht für den Bürgerkrieg, auch nicht für ein zweites Vietnam, auch nicht für ein neues Indonesien oder einen schlimmeren Bürgerkrieg als 1891. Die Kommunistische Partei ist nicht für Gewalt. Ich proklamiere den Kampf gegen Gewalt und Haß."* Solche Worte hämmerten die Revisionisten jahrelang dem Volk ein. *„Das Volk zweifelt nicht am Patriotismus und an der Verfassungstreue der Armee. Das Volk wird ihrem Marschtritt durch unsere Straßen weiter zujubeln, morgen genauso wie heute."* Nicht gegen den Imperialismus, nicht gegen den Faschismus kämpften diese Verräter, sondern gegen die Revolution. Und sie sagten es und handelten danach: *„Die Thesen für bewaffneten Kampf und die verantwortungslosen Aufrufe zur Gewalt müssen ein für allemal ein Ende nehmen. Wenn sie nicht aufhören, müssen sie als volksfeindliche Handlungen definiert und mit Gewalt unterdrückt werden."* Und: *„Die Einheit aller Kräfte der Volksunion setzt die Niederringung ultralinker Positionen als Hauptaufgabe voraus."* Und so, wie sie das Volk ideologisch entwaffneten, raubten sie ihm auch die Gewehre. Sie waren es, die ein Gesetzt mitverabschiedeten, das es dem Volk verbot, Waffen zu besitzen.

Wäre das chilenische Volk 1973 bewaffnet und auf den Kampf vorbereitet gew..en — die Lage hätte anders ausgesehen. So mußte es eine schwere Niederlage erleiden. Die Schuld dafür tragen die modernen Revisionisten, diese Wegbereiter des Faschismus. Wie können sie es heute wagen, „Solidarität" zu heucheln! Ihre Aktionen haben kein anderes Ziel, als den Kampf in Chile weiter zu sabotieren und so die Leiden des chilenischen Volkes zu verlängern. Sie stellten Chile dar als ein Totenhaus, in dem jeder revolutionäre Kampf erloschen ist, wo das Volk dumpf leidet. Noch heute predigen sie den „friedlichen Übergang", dieses Programm des Verrats.

Nicht die Freiheit des chilenischen Volkes wünschen sie, sondern seine Unterdrückung. Nicht die Vertreibung des Imperialismus ist ihr Ziel, sondern die Stärkung des Einflusses der zweiten imperialistischen Supermacht, der russischen Sozialimperialisten. **Denn auch die Neuen Zaren im Kreml spekulieren auf das chilenische Kupfer, auf die Ausplünderung der Werktätigen in Chile. Während sie in Worten groß tönend ihre „Solidarität" mit Chile verkünden, schrecken sie nicht einmal davor zurück, die Faschisten der Pinochet-Junta mit Waffen zu versorgen. Erst kürzlich veröffentlichten verschiedene bürgerliche Zeitungen und Presseagenturen die Meldung, daß die Sowjetunion dem Regime Pinochet Waffen tschechischer Fabrikation verkauft.**

Während sie den Kampf des chilenischen Volkes mit Füßen treten, schütten diese Verräter gleichzeitig Kübel von Schmutz aus über die korrekte Politik der Volksrepublik China und den Kampf der Marxisten-Leninisten in Chile selbst. Daß die VR China diplomatische Beziehungen unterhält zum faschistischen Regime in Chile, das ist ihnen „Beweis" dafür, daß Marxisten-Leninisten und Reaktionäre auf Kosten des chilenischen Volkes miteinander paktieren. In Wirklichkeit aber sind diplomatische Beziehungen zwischen China und Chile normale Beziehungen zwischen Ländern verschiedener staatlicher Ordnung, sie richten sich nicht gegen das chilenische Volk, sondern liegen in seinem Interesse. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat diese Beziehungen ausdrücklich begrüßt. Freilich, mit Waffen wird die VR China das faschistische Pinochet-Regime niemals versorgen, wie das die Sozialimperialisten tun. Das ist ein Handel, der sich gegen niemand anders richtet als das chilenische Volk.

Die chilenische Revolution wird siegen!

Das Volk in Chile kann nur siegen, wenn es nicht nur den US-Imperialismus und seine Lakaien bekämpft, sondern auch die Verräter in den eigenen Reihen, die modernen Revisionisten, und wenn es dem Sozialimperialismus nicht gestattet, in Chile Fuß zu fassen und die Stelle des US-Imperialismus einzunehmen. Dieser Kampf hat in Chile längst begonnen. Im revolutionären Klassenkampf schließen sich immer mehr Menschen zusammen. ***„Wenn wir in die Zukunft sehen"*, heißt es in einer Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, *„dann ist unser Weg, die Macht zu erringen, der des Volkskrieges. Wir marschieren entschlossen in diese Richtung. Wenn wir festhalten am Weg des Zusammenschlusses der revolutionären Kräfte zur Erringung der Macht, wenn wir in jeder Etappe dieses Prozesses korrekt alle Aufgaben lösen, wenn wir genau unterscheiden zwischen unseren Freunden und Feinden in jeder konkreten Situation, und festhalten an der Aufgabe, im Kampf eine große Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus aufzubauen und zu festigen sowie eine breite Einheitsfront und eine Volksarmee, die beide unter Führung der Partei stehen, so werden wir ohne Zweifel unsere großen Ziele erreichen, die uns gestellt sind mit der endgültigen Befreiung unseres Volkes und dem Aufbau einer volksdemokratischen Gesellschaft und eine lichte Zukunft eröffnen."***

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Unterweser
Proteste gegen KKW Esenshamm

Zum Thema „Gefahren durch Atomkraftwerke" veranstaltete die „Bürgerinitiative Küste" zahlreiche Versammlungen in der Wesermarsch. Anlaß der Kampagne ist die Erteilung der 6. Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk (KKW) Esenshamm an der Unterweser.

Der Bremer Physikprofessor Jens Scheer legte auf einer Veranstaltung im Dorfkrug Schweewarden die Gefährdung der Bevölkerung durch Kernkraftwerke dar. Entgegen den Behauptungen der Regierung, Kernkraftwerke seien hundertprozentig sicher, ist es in Wirklichkeit so, daß selbst kleinere „Pannen" zu Katastrophen führen können. Das zeigen auch die Erfahrungen, die in den USA gemacht worden sind, wo es in vielen Fällen nur haarscharf an der Katastrophe vorbeigegangen ist. Für Küstenregionen wie die Wesermarsch treten dabei sogar noch besondere Gefahrenquellen auf. So ist beispielsweise die Frage, ob das Notkühlsystem auch bei langandauernden Sturmfluten wirksam ist, weitgehend ungeklärt.

Aber selbst wenn man nicht von so einem „Katastrophenfall" ausgeht, kalkulieren Bundesregierung, Landesregierung und die hinter ihnen stehenden Monopole Tod und Krankheit vieler Menschen ein. Ohnehin gehört das Unterwesergebiet zu den Regionen, in denen die Gesundheit der Bevölkerung durch hohen Anteil von Giftstoffen in der Luft erheblich gefährdet ist. So ergab die Untersuchung von auf einem Bauernhof ausgelegten Filter-Papier: *„sehr viel Blei, sehr viel Arsen, sehr beachtlich Zink und eine Reihe von anderen Elementen."* Dazu kommt nun die schleichende radioaktive Verseuchung. In der Wesermarsch muß mit mindestens 10 Krebstoten mehr im Jahr gerechnet werden.

Der niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr rühmt diese Gefährdung der Bevölkerung als *„sinnvolle Zukunftsplanung insbesondere an der Unterweser."* „Sinnvoll" ist diese Planung im Sinne des kapitalistischen Profits, und diese Art „Zukunftsplanung" ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die Kapitalisten und ihre Regierungen für den Profit über Leichen gehen.

Aber die Bevölkerung der Wesermarsch hat den Kampf dagegen aufgenommen. Vor den Toren des fast fertigen Atomkraftwerkes wurde eine eindrucksvolle Demonstration durchgeführt. Fast 200 Menschen, vor allem Bauern und Jugendliche, probten den Ernstfall, d. h. die Evakuierung bei einem Atomunfall über die einzige „Fluchtstraße", die von der Halbinsel Butjadingen führt. Die B 212 wurde völlig durch Fußgänger, Trecker, Lastwagen, landwirtschaftliche Maschinen und PKW's blockiert. Vorbei ging der Zug an dem alten Friesendenkmal mit der Aufschrift: „Lever dood, as Slav!"

US-Reaktorfachleute schlagen Alarm

Der amerikanische General-Electric-Konzern macht jährlich einen Umsatz von zig Millionen mit dem Verkauf von nuklearen Anlagen. Vor kurzem sind drei leitende Angestellte dieses Konzerns von ihren hochbezahlten Posten zurückgetreten. Als Begründung gaben sie an, daß sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Reaktorbau in den USA in den Atomkraftwerken eine *„große Gefahr für die Menschheit"* sehen. Einer von ihnen erklärte: *„Ich habe in meinem Berufsleben viele Reaktoren repariert und dabei feststellen müssen, daß der Vorgang innerhalb der Reaktoren zu stark außerhalb unseres Kontrollvermögens liegt."* Zu den Vorfällen, die zu dem Entschluß der drei Wissenschaftler geführt haben, gehört der Ausbruch eines Feuers in der größten Reaktoranlage der Welt, Brown Ferry (Alabama), bei dem eine Katastrophe nur knapp verhindert werden konnte. Zurückgetreten ist ebenfalls der Projektleiter der Atomkontrollkommission des US-Kongresses, Robert Pollard. Robert Pollard gab als Begründung für seinen Rücktritt an, die Atomkontrollkommission gefährde die öffentliche Sicherheit, indem sie bei älteren Atomkraftwerken auf die Anwendung neuer Sicherheitsbestimmungen verzichte, neue Reaktoren trotz ungelöster Sicherheitsprobleme genehmige und mehr die wirtschaftlichen Interessen als die Sicherheit im Auge habe. Diese Aussagen amerikanischer Fachleute, die sich wie nur wenige sonst in der amerikanischen und internationalen Nuklearindustrie auskennen dürften, zeigen, wie zynisch und verlogen die hierzulande von der Regierung und der Energieindustrie verbreiteten Behauptungen sind, Atomkraftwerke seien völlig sicher.

Italien: Leere Versprechungen

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 27. 2. 76 meldete:

„Außer Nudeln und Reis gab Papst Paul VI. 57 obdachlosen Kindern das Versprechen, er werde sich ‚so gut wir können' für ihre Nöte einsetzen. **Die Kinder stammen aus der sizilianischen Ortschaft Santa Nifa, die vor acht Jahren von einem Erdbeben verwüstet worden war. Noch heute sind trotz vieler Versprechen von allen Seiten rund 70000 Menschen aus dem Erdbebengebiet ohne feste Behausung."**



Albanien: Tatkräftige Hilfe



„Neues Albanien" meldete in der Nummer 6/75:

„Die sozialistische Solidarität ist eines der Hauptmerkmale im gesellschaftlichen Leben unseres Landes. Das zeigte sich erneut nachdrücklich in den Tagen nach einem starken Erdbeben, das kürzlich die Dörfer eines Gebiets in Südalbanien heimgesucht hat. Durch das Erdbeben wurden 117 Häuser unbewohnbar, 322 weitere wurden schwer und mehrere leicht beschädigt.

Die Organe der Volksmacht ergriffen sofort dringende Maßnahmen, um der von der Naturkatastrophe betroffenen Bevölkerung zu helfen. Aus dem ganzen Land begaben sich freiwillige Spezialisten in das Katastrophengebiet. **Innerhalb eines Monats wurden die Folgen des Erdbebens vollkommen beseitigt.** Alle Ausgaben für den Wiederaufbau und die Instandsetzung der Häuser wurden vom Staat getragen. Die betroffenen Familien feierten das Neujahrsfest in den wiederaufgebauten oder neuen Häusern." (Hervorhebungen von uns — RM).

Köln: Farbeimer gegen diffamierende Karnevalswagen

Noch bevor der Rosenmontagszug in Köln sich in Bewegung setzte, gelang es Genossen der KPD/ML in Köln, die beiden Karnevalswagen, die die arbeitslosen Kollegen und die ausländischen Arbeiter diffamierten, mit brauner Farbe zu überschütten. Trotz der Proteste aus der Bevölkerung waren beide Wagen zum Rosenmontagszug zugelassen worden.

Standen beide Wagen zuvor schon unter Polizeischutz, so war das Aufgebot während des Zuges noch größer: Mannschaftswagen der Polizei begleiteten beide Wagen, Uniformierte eskortierten auf beiden Seiten zu Fuß und auf den Wagen standen in Faschingskostümen, wie der Kölner Stadtanzeiger berichtet, maskierte Polizisten, Judo- und Karate-Fachleute. Auch der Filmwagen der Polizei war im Gefolge, der sonst ständig zum Filmen von Demonstrationsteilnehmern eingesetzt wird. Dennoch gelang es, den Polizeischutz zu durchbrechen. Nur einer wurde während der Aktion festgenommen. Auch während des weiteren Umzuges richtete sich der Protest vieler Menschen gegen diese beiden Wagen: Eier, Bierflaschen und -dosen flogen den Mannschaften auf den Wagen oft um die Ohren. Die Polizei verhaftete während des Umzuges wegen der Protestaktionen sieben weitere Personen.

Millionen Fernsehzuschauer aber, die den gesamten Rosenmontagszug verfolgen konnten, erfuhren von alledem nichts: Die Szenen fielen, wie es in der WDR-Pressemitteilung hieß, „einem Schnitt zum Opfer". Die Sendezeit habe eine „Kürzung des Films notwendig" gemacht — eine Kürzung um genau den Zugabschnitt, in dem sich die beiden Wagen befanden.



Das Bild zeigt den mit Farbeimern beworfenen Wagen, auf dem ein Arbeitsloser mit einer Frau im Bett gezeigt wird, der gerade Arbeitsangebote zerrissen hat, während der Briefträger ihm Arbeitslosengeld bringt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Verlag
G. Schubert
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Isarstr. 10, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

MOORDIEK
Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML zur Lage der Bauern, 19. 3., 20 Uhr, (2211 Moordiek bei Itzehoe), Gaststätte „Zum Spieker".

MÜNCHEN
RM-Veranstaltung, 20. 3., 19 Uhr, Weißenseestr., Gaststätte „Freundschaft"

FREIBURG
Über die internationale Lage, 21. 3., 19 Uhr, „Zum Pfauen"

DARMSTADT
Zur Kriegsgefahr, 19. 3., 19 Uhr, Martinsviertel, Gaststätte „Zur Kanne"

GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS E. V.

WILHELMSHAVEN
Dia-Vortrag über Albanien, 16. 3., 19 Uhr, Möwenstr. 68.

GFA-FILMVERANSTALTUNGEN

Bremen, 18. 3., Cinema Ostertor, Ostertorsteinweg, „Grüne Berge"

Hannover, 20. 3., Kommunales Kino, Haus der Jugend Maschsstr. „Weiße Straße" und 21. 3., „Operation Feuer".